www.magazin-mitbestimmung.de | Nr. 2 | April 2022

MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

Weg von Gas und Öl

Tempo machen bei der Energiewende

Der verdammte Krieg

Betriebsräte erzählen, was der Ukraine-Konflikt verändert

Einfach gefragt

Das Team „Zukunftsdialog“ sammelte Antworten

HANS.
BÖCKLER NEWS

Hans Böckler Stiftung
Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

BOECKLER.DE/HANS

GESTATTEN? HANS.

Die aktuellsten Nachrichten, Forschungsergebnisse und Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung gibt es jetzt per Newsletter im Zweiwochentakt.

Dazu Interviews, Porträts, Veranstaltungsberichte und natürlich die wichtigsten Termine. Jetzt anmelden und auf dem Laufenden bleiben: boeckler.de/hans

Foto: Jan Rathke

LIEBE LESER*INNEN,

Seit der letzten Ausgabe des Magazins hat sich unsere Welt grundlegend verändert. Am 24. Februar startete Putin seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Einen solchen Krieg haben die meisten von uns nicht für möglich gehalten. Wer heute in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Deutschland Verantwortung trägt, ist in einem Europa ohne Grenzen und in Frieden aufgewachsen. Demokratische Grundrechte sind für uns Gewissheit.

Dieser Krieg zeigt auch, was passiert, wenn Demokratie nicht gefestigt ist. Wo Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht ausreichend geschützt sind, werden Fake News, politisch gesteuerte (Des-)Information und die Unterdrückung eines unabhängigen Journalismus zur Gefahr. Putin hat sich diese Mittel der Manipulation und Einschüchterung auf vermeintlich demokratischem Weg über Recht und Gesetz selbst geschaffen und den Krieg auf diesem Weg politisch legitimiert. Das muss uns eine Mahnung sein. Auch wenn die Demokratie für uns Gewissheit ist – sie ist nicht selbstverständlich. Wir müssen sie jeden Tag aufs Neue stärken: Das fängt am Arbeitsplatz an, wo Beschäftigte zurzeit ihre Betriebsräte wählen, und setzt sich fort in den Friedensmärschen zu Ostern und Demonstrationen zum 1. Mai.

Unser Heft mit dem Schwerpunkt Energie war längst geplant, als Putins Krieg begann. Dennoch hat auch die Frage der Energieversorgung durch den Krieg eine neue Wendung erfahren. Eine anregende Lektüre wünscht

Ihre

Claudia Bogedan,
Geschäftsführerin

Mein Lesetipp:
„So wäre es zeitgemäß“ von Johanna Wenckebach und Micha Klapp, weil die Mitbestimmungsgesetzgebung dringend der modernen Arbeitswelt gerecht werden muss. Seite 45ff.

claudia-bogedan@boeckler.de

IN DIESER AUSGABE …

TITELTHEMA: ENERGIE

10 Die Brücke zu neuen Energien wackelt
Der Krieg in der Ukraine hat auch Folgen für die Energiewende. Von Kay Meiners, Fabienne Melzer und Andreas Schulte

18 „Nicht auf einen Lieferanten verlassen“
Interview mit IMK-Direktor Sebastian Dullien

22 Energie in Zahlen
Infografik von Kevin Gallant und Kay Meiners

24 Zu wenig Hände für zu viel Arbeit
Der Fachkräftemangel im Handwerk bremst klimafreundliche Sanierung. Von Kevin Gallant

ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

28 Der verdammte Krieg
Betriebsräte erzählen, was der Krieg mit den Unternehmen und den Menschen macht. Von Kay Meiners und Andreas Molitor

33 Praxistipp
Betriebsrat als Treiber der Nachhaltigkeit

34 Wir bestimmen mit
Aufsichtsrätin Katharina von Hebel. Von Fabienne Melzer

36 Nur noch das Schlimmste verhindern
Auf den Intensivstationen kämpfen Pflegekräfte schon lange mit unerträglichen Arbeitsbedingungen. Von Fabienne Melzer

POLITIK UND GESELLSCHAFT

40 „Wir sind nicht die Zauderer und Verhinderer“
Interview mit DGB-Vorstand Stefan Körzell

42 Nicht nur darüber geredet
Vier Jahre fragte der DGB Menschen in ganz Deutschland, wie sie leben und arbeiten wollen. Von Fabienne Melzer

45 So wäre es zeitgemäß
Der DGB schlägt eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes vor. Von Johanna Wenckebach und Micha Klapp

IMMER IM HEFT ...

KOMPAKT

6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Experten

AUS DER STIFTUNG

48 RADAR Böckler-Institute, Böckler-Projekte, Meldungen

50 WIR – DIE STIFTUNG Energie

52 Porträt
SUSANNE HEYNEN ist Jugendamtsleiterin in Stuttgart

54 EVENTS Termine, die sich lohnen

55 ZUR SACHE Amélie Sutterer-Kipping: Digitales Europa

MEDIEN

56 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

59 DAS POLITISCHE LIED Bob Dylan: „Masters of War"

60 DIGITAL Links, Apps & Blogs

RUBRIKEN

3 EDITORIAL

62 FUNDSTÜCK

64 LESERFORUM

65 IMPRESSUM/VORSCHAU

66 MEIN ARBEITSPLATZ

WAS SONST NOCH GESCHAH

Foto: Getty Images

Rosa-Alarm

Innerhalb kurzer Zeit wurden in meinem nahen Umfeld drei Mädchen geboren. Auf der Suche nach einem Geschenk landete ich dreimal bei der Babykleidung. Die geballte Ladung an Rosa und Pink, Blümchen und Schleifchen schmerzte mir jedesmal in den Augen. Stundenlang durchsuchte ich die Kleiderständer nach etwas neutralem und griff schließlich zu blauen Jäckchen und grünen Hosen aus dem Jungsangebot.

In meinem Keller steht noch eine Kiste mit Babykleidung, inzwischen 30 Jahre alt: weiße Hemdchen, blaue, grüne, weiße Strampler. Sieben Babies sind durch sie hindurchgegangen, Junge oder Mädchen, es spielte keine Rolle. Als Kind hatte ich eine Kiste mit bunten Legosteinen, sie wurde von Bruder zu Schwester gereicht und nur aufgefüllt, wenn der Staubsauger zu viele Teile verschluckt hatte. Heute herrscht auch bei Bausteinen strikte Geschlechtertrennung. Doch ohne mich. Zum Geburtstag meiner Nichte griff ich zielstrebig zur Marsraumstation. Auf dem Weg zur Kasse drehte ich um und holte doch den Pferdewagen. Sie wird neun – der Kampf gegen Geschlechterstereotype muss warten.

Foto: Uli Baatz

FABIENNE MELZER ist leitende Redakteurin des Magazins Mitbestimmung.

1. MAI

Live und vor Ort

Unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ wollen die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften am Tag der Arbeit für ein solidarisches Miteinander auf die Straße gehen und damit in unruhigen Zeiten ein Zeichen für eine gerechte und friedliche Zukunft setzen. Nachdem zwei Jahre lang coronabedingt größtenteils digital demonstriert wurde, wollen die Gewerkschafter ihre Forderungen wieder auf die Straße tragen. In Berlin spricht der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, in Frankfurt am Main seine Stellvertreterin Elke Hannack. Auf der Kundgebung in Kassel wird Vorstandsmitglied Anja Piel zu hören sein, in Leipzig ihr Vorstandskollege Stefan Körzell.

SONGWETTBEWERB

Ton am besten getroffen

„Lasst uns die Antwort sein“ heißt der neue Fairwandel-Kampagnensong der IG Metall. Der Song, geschrieben und gesungen von Gunther Sanwald, ist der Sieger eines Wettbewerbs, den die IG Metall ausgeschrieben hatte. Sanwald, Betriebsratsvorsitzender des Werkzeugherstellers Wohlhaupter in Frickenhausen, traf nach Ansicht der neunköpfigen Jury am besten den Ton und die Themen rund um den fairen Wandel. Der Jury gehörte unter anderem die Sängerin Dota an. Der Song soll bei Warnstreiks, an Infoständen, auf Versammlungen und Sommerfesten gespielt werden.

Hier sind die drei Erstplatzierten des Songwettbewerbs zu hören: **igmetall.de/mitmachen/fairwandel-song**

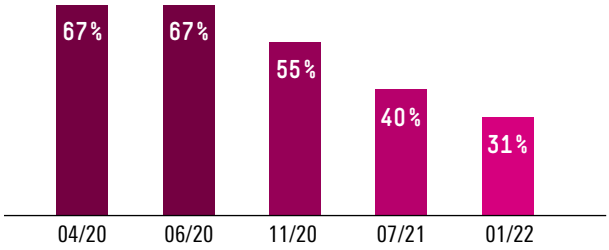
Foto: Benjamin Jenak

Benzinpreisschock

Im März springen die Benzinpreise auf ein Rekordniveau. Mehr als zwei Euro werden verlangt, so wie hier im Dresdener Stadtteil Pieschen. Die Preise sind sozialpolitischer Sprengstoff. Mit der Senkung der Energiesteuer soll Tanken billiger werden – für drei Monate. Benzin soll dann 30 Cent weniger kosten, Diesel 14 Cent weniger. Das ist Teil des Entlastungspaketes der Bundesregierung. Der DGB hat auf einen Nachteil hingewiesen: Wenn der Staat das Tanken pauschal billiger macht, dann profitieren nicht nur Berufspendler und Ärmere, sondern auch diejenigen, die sich hohe Preise eher leisten können.

CORONA

Vertrauen in Krisenmanagement sinkt



Weniger als ein Drittel der befragten Personen ist noch mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung in der Coronapandemie zufrieden. Im ersten Halbjahr der Pandemie waren es noch mehr als zwei Drittel.

Quelle: Erwerbspersonenbefragung (Januar 2022), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

OSTDEUTSCHLAND

Intel baut Chipfabrik in Magdeburg

„Intel macht Magdeburg zur Boomtown." So kommentiert Susanne Wiedemeyer, DGB-Chefin in Sachsen-Anhalt, die Nachricht, dass die Landeshauptstadt den Zuschlag für die neue Chipfabrik von Intel in Europa erhalten hat. Mit 17 Milliarden Euro für den Bau gleich zweier neuer Halbleiterwerke ist dies die größte Investition in der Geschichte des Bundeslandes, von rund 10 000 Arbeitsplätzen ist die Rede. Politik und Wissenschaft, darunter auch das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, fordern schon länger, die deutschen beziehungsweise europäischen Produktionskapazitäten zu erhöhen. „Dass viele Jobs entstehen, ist mehr als erfreulich", sagt Gewerkschafterin Wiedemeyer. Intel-Jobs müssten aber auch gute Jobs s ein, „mit Tariflohn und Betriebsrat".

Einer von Madgeburgs Konkurrenten war Dresden. Die Landeshauptstadt von Sachsen kann aber mit einer anderen Neuigkeit aufwarten: Die bisher größte Halbleiterfabrik Europas, Globalfoundries, steht kurz vor dem Eintritt in die Tarifbindung. Die IG BCE und das Unternehmen haben sich auf ein Eckpunktepapier geeinigt. Oliver Heinrich, Leiter des IG-BCE-Landesbezirks Nordost, nennt es einen wichtigen Zwischenerfolg. Das Papier sieht unter anderem eine mehrstufige Reduzierung der Arbeitszeit in der Produktion und zusätzliche Urlaubstage für Beschäftigte in Schichtarbeit vor. Globalfoundries beschäftigt in Dresden rund 3200 Menschen.

53 %

der Mütter in Deutschland

machten sich im Januar 2022 vor dem Hintergrund der Coronapandemie Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Dies zeigt eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Unter Vätern waren es 45 Prozent. Die Sorge um den sozialen Zusammenhalt war Anfang 2022 bei Müttern und Vätern so groß wie noch nie seit Beginn der Pandemie. Große Sorgen um die Wirtschaftsentwicklung äußerten 45 Prozent der Mütter und 36 Prozent der Väter.

Quelle: Andreas Hövermann/ Bettina Kohlrausch: Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie. WSI-Report Nr. 73, März 2022

WISSEN SIE …

… dass Deutschland beim Mindestlohn vom Nachzügler zum Vorreiter in Europa avanciert ist? Grund ist die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro zum 1. Oktober 2022. Nur in Luxemburg wird mehr gezahlt (13,05 Euro). Außerhalb Europas liegt der Mindestlohn nur in Australien höher (12,91 Euro).

Quelle: Malte Lübker/Thorsten Schulten: WSI-Mindestlohnbericht 2022. WSI Report Nr. 71, Februar 2022

EINE FRAGE, FRAU DÖDING

Foto: privat

Was tut Verdi gegen Auslagerung und Outsourcing?

Der Verkauf des Kundendienstes von Booking.com an den Callcenter-Riesen Majorel ist ein Beispiel von vielen. Für die Beschäftigten bedeutet das meist: Sie arbeiten weiter für das Unternehmen, aber zu schlechteren Bedingungen. Ausgliederungen lassen sich nicht immer verhindern, aber Tarifverträge können vor schlechteren Arbeitsbedingungen schützen. Kündigungsschutz und Rationalisierungstarifverträge spielen eine große Rolle. Noch besser sind Branchentarifverträge, weil sie gleiche Bedingungen für alle Unternehmen schaffen.

Auch politisch muss mehr passieren. Der Mindestlohn war ein erster Schritt, den unter anderem Gewerkschaften vorangetrieben haben. Outsourcing in Billiglohnländer lässt sich nur mit internationalen Vereinbarungen verhindern.

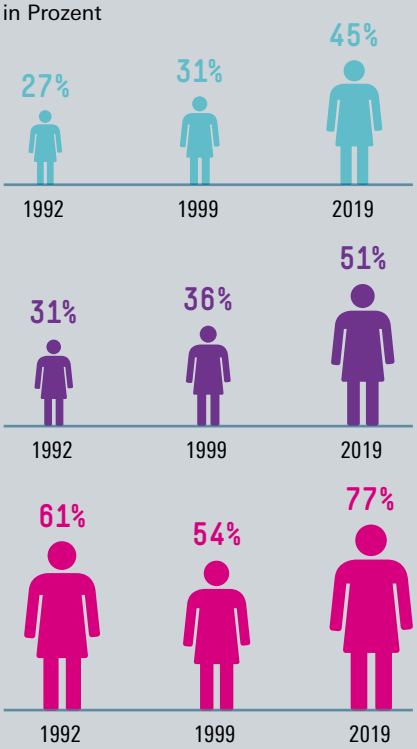
SANDRA DÖDING ist Gewerkschaftssekretärin im Bereich Besondere Dienstleistungen beim Verdi-Landesbezirk Berlin-Brandenburg.

Auch Schnecken kommen voran

GLEICHSTELLUNG Die Gleichberechtigung ist eine Schnecke, aber auch sie kommt voran. So schrumpfte die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zwischen 2018 und 2020 auf 18 Prozent. Wo sich etwas bewegt und wo Stillstand herrscht, zeigt der aktuelle Gleichstellungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts.

Von **Fabienne Melzer**

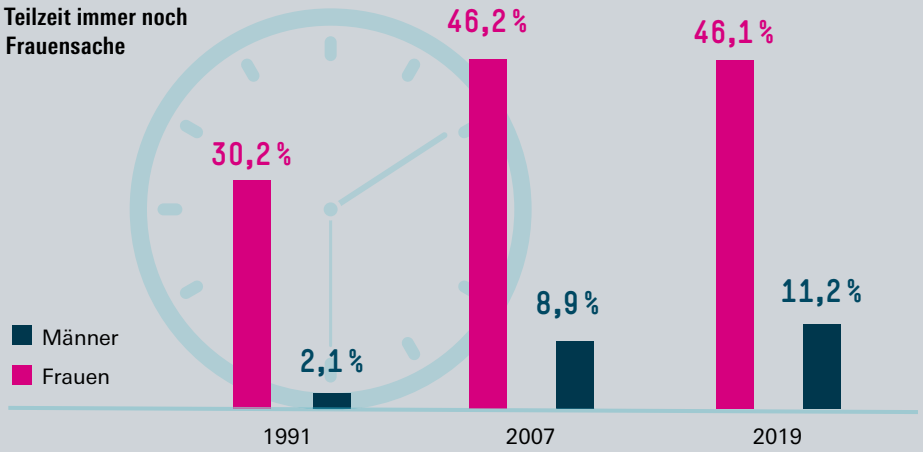
Große Rentenlücke trotz Aufholjagd
Anteil von Frauen am Alterssicherungseinkommen der Männer, in Prozent



Westdeutschland
Deutschland
Ostdeutschland

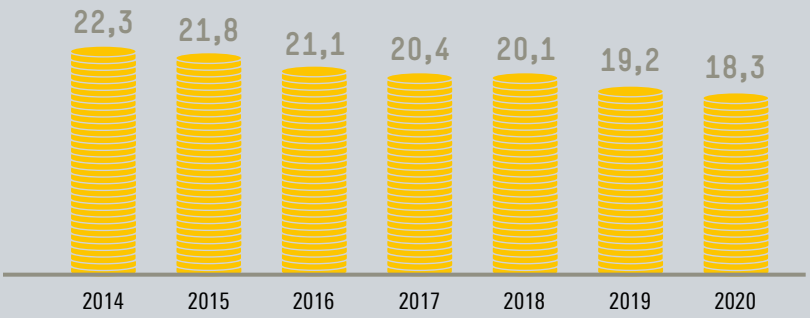
Quelle: Altersicherungsbericht 2020, Bundesregierung zum Rentensicherungsbericht

Teilzeit immer noch Frauensache



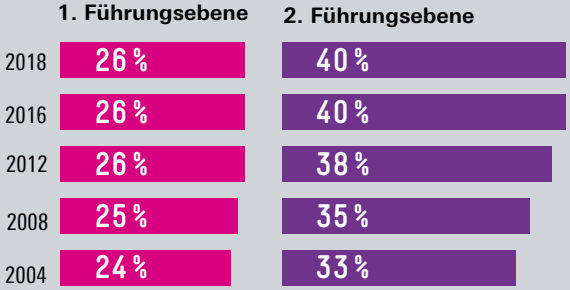
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Lohnlücke schrumpft langsam
So viel verdienen Frauen im Durchschnitt pro Stunde weniger als Männer, Angaben in Prozent:



Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung

Auf der ersten Ebene wenig Bewegung
Frauenanteil in Führungspositionen in Deutschland (2004–2018), in Prozent



Quelle: IAB-Betriebspanel, Kohaut/Möller 2019

Den gesamten Report als PDF zum Herunterladen gibt es hier: **https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008259**

PRO & CONTRA EIN THEMA, ZWEI EXPERTEN

Braucht die Industrie einen Preisdeckel für Energie?

Foto: IG Metall

JA.

Ein Preisdeckel sollte eines der Instrumente sein, um sicherzustellen, dass die Transformation nicht durch Energiepreise verlangsamt oder gar aufgehalten wird. So sichern wir gute Arbeitsplätze und schaffen Wohlstand. Die Industrie ist für viele nicht so nah am Alltag wie vielleicht die Heizkosten oder die Benzinpreise. Aber auf dem Weg zu Dekarbonisierung und Klimaneutralität brauchen gerade energieintensive Unternehmen wettbewerbsfähige Industriestrompreise.

Eine Deckelung dieser Preise auf international vergleichbarem Niveau ist daher wichtig, um Standorte und Beschäftigung in Deutschland halten und entwickeln zu können. Die Industrie muss durch die Bundesregierung kurz- und mittelfristig entlastet werden. Jetzt schon vorhersehbare Hindernisse müssen schnellstmöglich beseitigt werden, etwa das Auslaufen des Spitzenausgleichs, einer Stromsteuererstattung für energieintensive Unternehmen.

Zukünftig – und zwar in naher Zukunft – müssen und werden alternative Energieträger eine noch viel größere Rolle spielen. Wir brauchen und wollen den großflächigen Ausbau erneuerbarer Energien, von Wind und Solar. Gleiches gilt für den Umbau zu einer Wasserstoffwirtschaft. Wenn wir diese Schritte gehen, müssen wir hoffentlich langfristig nicht mehr über Deckelung von Preisen und Unsicherheit bei der Energiebeschaffung sprechen. Gerade jedoch ist klar: Ja, wir brauchen einen Energie-Preisdeckel für die Industrie.

WOLFGANG LEMB ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Industriepolitik.

Foto: IfW Kiel

NEIN.

Preiseingriffe sind die falsche Antwort, weil steigende Preise größere Knappheiten widerspiegeln, die der Staat nicht beseitigen kann. Deckelt der Staat die Preise, hebt das die Knappheit nicht auf, sondern schafft nur neue Probleme – im Zweifel muss dirigistisch rationiert werden, was zu noch größeren Schäden führt. Höhere Preise setzen Anreize, sparsamer mit Energie umzugehen und neue Quellen zu erschließen. Daher müssen höhere Energiepreise über das Preissystem durchwirken.

Die Politik ist gehalten, diese Prozesse nicht zu behindern. Leider droht nun genau dies in der EU, legt doch derzeit ein Land nach dem anderen Programme auf, um höhere Energiepreise für Unternehmen und Privathaushalte abzufedern. Viele dieser Programme sind zu breit angelegt. Es droht dadurch innerhalb der EU ein schädlicher Subventionswettlauf. Dadurch kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt, und in der Summe neutralisieren sich diese Maßnahmen mit Blick auf den Entlastungseffekt bei den Energiekosten.

Energiesubventionen halten die Energienachfrage hoch und heizen so die Nettoenergiepreise an. Daher ist jetzt die EU-Kommission gefordert, diesen nationalen Subventionswettlauf insbesondere für energieintensive Industrien zu stoppen. Nur wenn höhere Energiepreise die Unternehmen in ähnlicher Weise treffen, bleibt der Wettbewerb intakt, und der Energiekostenanstieg kann marktkonform überwälzt werden.

STEFAN KOOTHS ist Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an **redaktion@boeckler.de**

Foto: Thomas Range

DIE BRÜCKE ZU NEUEN ENERGIEN WACKELT

UMSTIEG Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist die Energiewende nicht mehr nur eine Frage des Klimaschutzes. Deutschland will sich aus der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl befreien und drückt nun aufs Tempo bei den Alternativen.

Von **Kay Meiners, Fabienne Melzer** und **Andreas Schulte**

Der Hochofen Schwelgern 1 in Duisburg soll ab Mitte des Jahrzehnts mit Wasserstoff Stahl produzieren.

Bedrohlich, bizarr und ganz und gar braun ragt der Hochofen Schwelgern 1 in Duisburg hundert Meter trutzig gen Himmel. 3,6 Millionen Tonnen Roheisen erschmilzt der Stahlkoloss pro Jahr. Nächstes Jahr wird er 50 Jahre alt. Zeit, allmählich Abschied zu nehmen. Denn die Technik ist von gestern und pustet Unmengen an Kohlendioxid (CO_2) in die Luft.

Für rund zehn Milliarden Euro ersetzt der Stahlkonzern Thyssenkrupp seine vier klassischen Hochöfen am Standort durch neue. Klimaneutraler Wasserstoff (H_2) soll dafür sorgen, dass sich das Investment lohnt. Das Gas löst bei der Befeuerung die übliche Kokskohle ab. Doch die Methode ist neu. Niemand hat damit bislang Erfahrungen gesammelt. Eile ist trotzdem geboten. Für die arg angeschlagene Thyssenkrupp-Stahlsparte ist Wasserstoff so etwas wie die letzte Patrone. Oder wie es Betriebsrat Sebastian Balzer ausdrückt: „Wir wollen bis Mitte des Jahrzehnts mit grünem Wasserstoff Stahl herstellen, nur so hat Thyssenkrupp eine Zukunft." Denn wer als erster klimaneutralen Stahl produziert, hat auf dem Weltmarkt einen Vorteil.

Der Traditionskonzern ist ein prominentes Beispiel für die Hoffnungen, die auf Wasserstoff ruhen. Der Stoff, aus dem die Träume sind, könnte Teilen der Industrie zur Klimaneutralität verhelfen. Er könnte als verflüssigter Kraftstoff

Foto: Thomas Range

Thyssenkrupp-Betriebsrat Sebastian Balzer erhofft sich Vorteile von klimaneutralem Stahl auf dem Weltmarkt.

zur Verkehrswende beitragen und Erdgas zum Heizen von Wohnungen ersetzen. Für alle Prozesse, die nicht elektrisch betrieben werden können, ist Wasserstoff eine Alternative. Bei seiner Verbrennung wird nur Wasser frei. Aber bei seiner Produktion gehen etwa 30 Prozent der eingesetzten Energie verloren, und er ist auf der Basis von erneuerbaren Energien bislang nicht rentabel.

Mit Gas wollte die Bundesregierung daher die Brücke bauen von den fossilen Brennstoffen zu den erneuerbaren Energien. Doch seit dem Krieg in der Ukraine wackelt diese Brücke. Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ist keine reine Frage des Klimaschutzes mehr. Schon die Spekulation darüber, ob die Versorgung unterbrochen werden könnte, hat die Energiepreise in die Höhe getrieben. Kostete die Kilowattstunde Gas 2021 noch 6,47 Cent, hat sich der Preis 2022 auf 11,84 Cent fast verdoppelt. Energieintensive Betriebe wie Glashütten und Stahlwerke schalten ihre Produktion zeitweise ab, weil die Energiekosten die Einnahmen übersteigen. Der Krieg zeigt, dass fossile Brennstoffe teurer erkauft sein könnten als der Umstieg auf erneuerbare Energien. Daher fordert DGB-Chef Reiner Hoffmann neben einer kurzfristigen Entlastung von Privathaushalten und Unternehmen, die Handbremse bei der Energiewende zu lösen. Damit Deutschland schnell von fossilen Energien unabhängig wird, müsse der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft beschleunigt werden. Angesichts der derzeitigen Gaspreise könnte Wasserstoff nach Einschätzung des Vereins Agora Energiewende auch schneller wettbewerbsfähig werden.

Keine Denkverbote

Der Vorsitzende der IG BCE, Michael Vassiliadis, plädiert ebenfalls für mehr Tempo bei alternativen Energien: „Die Erneuerbaren schneller und intensiver auszubauen ist seit Langem nötig und nun noch wichtiger." Er weist aber darauf hin, dass dies in der derzeitigen Situation nicht ausreiche, und fordert einen Energiegipfel ohne Denkverbote. „Wir brauchen alles an Energie, was wir kriegen können", sagt Vassiliadis.

Deshalb müsse seiner Ansicht nach eine Diskussion geführt werden über gedeckelte Energiepreise, längere Laufzeiten für die drei in Deutschland verbliebenen Kernkraftwerke, die Ende dieses Jahres abgeschaltet werden sollen, und über Fracking im eigenen Land: „Wenn darüber nachgedacht wird, Flüssigerdgas aus den USA zu beziehen, das oft aus Fracking-Quellen stammt, verstehe ich nicht, warum das nicht auch in Norddeutschland gemacht werden darf." In der akuten Situation helfe zudem nur eine koordinierte Beschaffung und Verteilung von Energie

im europäischen Maßstab. „Wir müssen uns als EU zusammenraufen, unabhängiger machen und die Krise als Chance nutzen: Entwickeln wir so etwas wie einen energiepolitischen Schengen-Raum“, sagt Vassiliadis. Mit mehr Geld und schnelleren Genehmigungsverfahren könnten Länder wie Portugal und Griechenland stärker in Windräder und Solarparks investieren und einen Teil des Stroms verkaufen. „Das hilft den Ländern im Süden, und das hilft uns“, sagt der IG BCE-Vorsitzende.

Wie Wasserstoff grün wird

Bevor die Industrie sich mit Wasserstoff aus der Abhängigkeit von russischem Gas befreien und CO_2-frei werden kann, muss der Ausbau von Wind- und Solarenergie vorankommen. Denn Wasserstoff wird mithilfe von Strom hergestellt. Ist er nicht grün, ist der Wasserstoff nicht klimaneutral. Derzeit werden nur fünf Prozent des Stoffs in Deutschland aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Auch insgesamt ist der Anteil von Wasserstoff am Energiemix zurzeit noch verschwindend gering, und er wird auch auf Dauer nicht den Löwenanteil der Energieversorgung ausmachen. Europäische Szenarien rechnen mit einem Anteil zwischen 16 und 25 Prozent im Jahr 2050. Genauso einig sind sie sich allerdings darin, dass eine Industrieproduktion ohne fossile Energien nur mit Wasserstoff gelingen kann. Doch es wird etliche Milliarden kosten, Wasserstoff möglichst rasch im Energiemix zu verankern. Allein die deutsche Stahlbranche schätzt die erforderlichen Investitionen auf 30 Milliarden Euro. Die Politik will helfen. Das Wirtschaftsministerium gibt üppige Projektförderungen. Zudem hat Berlin zugesagt, den teureren klimaneutralen Stahl aus Deutschland vor Billigimporten zu schützen. Das Schreckensszenario: ein Branchentod, wie ihn die einst weltweit führende deutsche Solarbranche starb.

Ausbau läuft schleppend

Strom aus erneuerbaren Energiequellen wird jedoch nicht in erster Linie für Wasserstoff gebraucht. Er soll außerhalb der Industrie den Hauptanteil der Versorgung übernehmen. Dabei setzt Deutschland vor allem auf Wind. Doch der Ausbau der erneuerbaren Energien lief in den vergangenen Jahren sehr schleppend. Der Energieverband BDEW hält von heute an bis 2030 pro Jahr rund 1500 neue Windräder allein an Land für nötig, um die Klimaziele zu erreichen. Tatsächlich waren es 2021 aber nur 500 Anlagen. Vor allem neue Ausschreibungspflichten und größere Abstandsregeln zur Wohnbebauung haben die Zulassungsverfahren erschwert. In ►

Die Nutzung der Braunkohle – wie hier im rheinischen Kraftwerk Weisweiler mit dem Tagebau Inden, gehört 2038 der Vergangenheit an.

Foto: Karsten Schöne

der Folge seien laut Thomas Ahme, Betriebsratsvorsitzender bei Siemens Gamesa in Hamburg, in der Branche seit 2015 rund 50 000 Arbeitsplätze verloren gegangen.

Wie eng verknüpft die Wasserstoffwirtschaft mit dem Ausbau der Erneuerbaren ist, zeigt das Beispiel von Siemens Gamesa. Dem Windradhersteller ist es in Dänemark gelungen, einen Elektrolyseur zur Herstellung von Wasserstoff vollständig in eine Windkraftanlage zu integrieren. Mit dem daraus gewonnenen grünen Wasserstoff sollen Taxis in der Hauptstadt Kopenhagen fahren. „Wasserstoff kann unser zweites Standbein werden", sagt Ahme. Der Betriebsratsvorsitzende hält sogar einen „Beschäftigungsschub" für möglich – nicht nur in der Wasserstoffsparte. „Der Bedarf an grünem Wasserstoff kann dazu führen, dass wir rund ein Drittel mehr Windräder bauen", schätzt er. In der Belegschaft allerdings löse dies noch keine Euphorie aus. „Für viele ist das noch weit weg. Der Windkraft-Ausbau lief zuletzt zu schleppend."

Weiter abhängig von Importen

Wie viele Jobs in der aufkeimenden Wasserstoffwirtschaft entstehen werden, ist noch ziemlich unklar. Eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie geht allein für die Wasserstoffwirtschaft von 470 000 benötigten Arbeitskräften aus. Laut einer Untersuchung des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und des Beratungsunternehmens DIW Econ könnten in dieser und angrenzenden Branchen bis zum Jahr 2050 bis zu 800 000 Arbeitsplätze entstehen – etwa in der Produktion von Elektrolyseuren, bei der Infrastruktur für die Verteilung des Gases oder im Verkehrswesen rund um H_2-betriebene Autos. Dies würde allerdings voraussetzen, dass fast alle Jobs entlang der Wasserstoff-Wertschöpfungskette in Deutschland entstünden.

Doch danach sieht es nicht aus. Auch Wirtschaftsminister Robert Habeck hält die Produktion von erneuerbarer Energie allein in Deutschland für nicht ausreichend. „Wenn wir nicht fünf oder zehn Prozent der Landesfläche mit Windkraftanlagen vollstellen wollen – das halte ich für absurd –, brauchen wir Importe von Wasserstoff." Zwei Prozent der Fläche in Deutschland will die Bundesregierung für Windenergieanlagen reservieren und das gesetzlich verankern. Bislang sind 0,8 Prozent der Fläche dafür vorgesehen. Mit zwei Prozent will die Ampelkoalition den Anteil Erneuerbarer bis 2030 sogar auf 80 Prozent hochschrauben. Wie viel davon Windräder letztendlich bedecken, hängt auch von ihrer Leistungsstärke ab, und die entwickelt sich rasant. Das Tempo erinnert Ahme an den Wettlauf bei Computern: „Es herrscht ein enormer Kostendruck. Die Anlagen müssen immer leistungsstärker werden. Zurzeit stellen wir in Cux-

Foto: picture alliance

Bundeswirtschaftsminister Habeck (Mitte) reiste nach Abu Dhabi und Katar, um die Energieversorgung zu sichern.

haven die Produktion von acht auf elf Megawatt um. Einen Prototyp der nächsten Generation mit 14 Megawatt gibt es schon." Für diese kurzen Entwicklungszyklen brauchten alle Hersteller Planungssicherheit, um die Energiewende umzusetzen.

Flüssiggas aus Katar

Bei Wasserstoff setzt die Bundesregierung auch auf Importe und hat dafür 900 Millionen Euro an Förderungen bewilligt. Ende März reiste Habeck nach Abu Dhabi, um die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Arabischen Emiraten bei der Forschung und Produktion von Wasserstoff zu vertiefen. Außerdem hat Deutschland nach den Worten des Wirtschaftsministers eine Energiepartnerschaft mit Katar abgeschlossen – dem größten Lieferanten von Flüssigerdgas und umstrittenem Ausrichter der Fußballweltmeisterschaft in diesem Jahr. Bereits Ende Februar hatte die Bundesregierung den Bau von zwei Flüssiggasterminals angekündigt.

Zugleich schraubt die Bundesregierung an der heimischen Produktion von grünem Wasserstoff und hat das Ausbauziel für Elektrolyseure bis 2030 gegenüber dem bisherigen Ziel

Foto: Bildagentur-online/Sunny Celeste

Solarzellen auf der Zugspitze: Von sieben auf 20 Gigawatt soll der jährliche Zuwachs von Solarenergie ab 2028 steigen.

Foto: Cordula Kropke

Betriebsratsvorsitzender Thomas Ahme: „Arbeit durch Wasserstoff ist für viele noch weit weg."

auf zehn Gigawatt Leistung verdoppelt. Damit könnte rein rechnerisch die gesamte Stahlindustrie in Deutschland versorgt werden.

Die Gewerkschaft IG BCE pocht zusätzlich auf den Bau neuer Gaskraftwerke, um den Ausbau bis zum Ende des Jahrzehnts zu verdoppeln. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz plädierte bereits vor dem russisch-ukrainischen Krieg für den Bau weiterer Gaskraftwerke. Zu neuen Ehren kommt auch die Kohle. Sie erlebte schon 2021 eine Renaissance. Weil der Gaspreis bereits im vergangenen Jahr gestiegen war, wurde mehr Kohle verstromt. Der Ausstieg soll 2038 kommen, aber die neue Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, ihn idealerweise schon 2030 zu schaffen. „In der jetzigen Lage haben wir im Idealfall überhaupt genug Energie aus allen verfügbaren Quellen, die unseren Bedarf sichern. Daher sollte es bei der derzeitigen Gesetzeslage bleiben", sagt Vassiliadis.

Die Preisentwicklung für fossile Energieträger habe längst Ausmaße angenommen, die auch bei Durchschnittsverdienern große Löcher in die Haushaltsbudgets reißt. Vassiliadis begrüßt, dass die Ampelkoalition ein Entlastungspaket vorgelegt hat, wie es die IG BCE bereits seit Wochen gefordert hatte. Die Industriegewerkschaft hatte bereits im Januar das Konzept eines pauschalen Energieschecks vorgeschlagen. „Die 300 Euro Zuschuss pro Erwerbstätigen als Energiepreispauschale werden die zu befürchtenden Mehrkosten für Strom und Wärme zwar nur zum Teil abdecken – aber zusammen mit anderen Elementen des Pakets ist das weit mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein", sagte Vassiliadis. Er mahnte zugleich an, auch die Industrie vor explodierenden Preisen und drohenden Versorgungsengpässen zu schützen.

Aufs Tempo drücken

Der Bundeswirtschaftsminister will nun offenbar bei den erneuerbaren Energien aufs Tempo drücken. Laut einem Entwurf der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sollen Wind- und Solarenergie in den kommenden Jahren deutlich zulegen. Der jährliche Ausbau der Windkraft an Land soll von etwa drei Gigawatt im Jahr 2022 auf zehn Gigawatt ab 2026 steigen, bei Solarenergie von derzeit sieben auf 20 Giga-

watt ab 2028. Die Nutzung erneuerbarer Energien liege laut Entwurf im öffentlichen Interesse und diene der öffentlichen Sicherheit. Nach Ansicht des Bundesverbands Erneuerbare Energie reiche das allerdings nicht aus, um die Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuholen.

Mehr Wind- und Solaranlagen reichen für den Umstieg allerdings nicht aus. Energie aus Sonne und Wind steht nicht immer gleichmäßig zur Verfügung. Stromnetze und -speicher müssen ausgebaut werden, um die Energie bedarfsgerecht zu verteilen. An dieser Stelle kommt auch der Wasserstoff wieder ins Spiel. Nach Ansicht des Vereins Agora Energiewende ist er dank seiner vielen Anwendungen außerhalb des Stromsektors möglicherweise als Speicher besser geeignet als jede andere Technologie.

Attraktiv durch moderne Technik

Thyssenkrupp entwickelt neben neuen Hochöfen einen Elektrolyseur für grünen Wasserstoff. In der Modernisierung der Hochöfen sieht auch Betriebsrat Balzer eine große Chance – nicht nur für die Klimawende: „Durch die innovative Technik gewinnen wir als Arbeitgeber neue Attraktivität und locken junge Leute an. Ältere Kollegen können dann früher in den Ruhestand." Längst sind Qualifizierungen angelaufen, um Teile der Belegschaft fit zu machen für die neue Technik.

Doch Balzer weiß, ohne fremde Hilfe wird es nicht gehen. Die Hoffnungen ruhen auch auf der neuen Bundesregierung. Anfang März hat Wirtschaftsminister Robert Habeck Thyssenkrupp besucht. „Er hat glaubhaft Unterstützung zugesichert", erzählt Balzer. Doch selbst mit einer milliardenschweren Anschubfinanzierung ist es nicht getan. Der grüne Stahl ist teurer als konventionell produzierter. Solange Hersteller in anderen Ländern klassische Hochöfen betreiben, hat grüner Stahl auf dem Weltmarkt keine Chance. Die Politik muss auf Jahre hinaus helfen, die Lücke zu schließen.

Ladestation und Großplakat am Thyssenkrupp-Werk in Bochum

Foto: picture alliance / blickwinkel / S. Ziese

„Nicht auf einen Lieferanten verlassen“

ENERGIEMARKT IMK-Direktor Sebastian Dullien zu steigenden Energiepreisen, den Folgen für die Wirtschaft und Möglichkeiten der Schadensbegrenzung

Das Gespräch führten **Kay Meiners** und **Fabienne Melzer**

Die geopolitische Lage hat sich dramatisch gewendet: Wir erleben den größten Landkrieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Was bedeutet dieser Konflikt für unsere Energieversorgung?

Sie ist gefährdet, weil Deutschland sehr abhängig von russischen Energielieferungen ist. Das gilt nicht nur für Gas, sondern auch für Kohle. Die Hälfte unserer Kohle beziehen wir aus Russland, vor allem Kokskohle für unsere Stahlwerke, aber auch Kohle für die Stromerzeugung. Die Preise sind explodiert, obwohl Russland noch liefert. Allein die Spekulationen über einen Lieferstopp haben die Preise in die Höhe getrieben.

Wie wirkt sich das auf die Wirtschaft aus – zusammen mit den Folgen der Kriegshandlungen und der Sanktionen?

Das ist ein Preisschock, der zum einen kombiniert ist mit dem Problem, dass Unternehmen mit der Ukraine, mit Russland und Weißrussland keinen Handel oder wenig Handel treiben können oder wollen. Zum anderen kommt hinzu, dass Privathaushalte bei einigen Ausgaben sparen, da sie mehr für Energie ausgeben müssen. Wir haben also eine Kombination aus Angebots- und Nachfrageschock für die Wirtschaft. Außerdem wächst die Unsicherheit, was die Versorgung betrifft. Wir wissen nicht, ob an irgendeinem Punkt Russland kein Gas mehr liefert.

Es wird auch diskutiert, dass wir den Energieimport aus Russland selbst stoppen. Wie sehen Sie das?

Man muss sich bei Sanktionen schon fragen, in welchem Verhältnis der Schaden für uns zu dem des Gegners steht. Wenn ich der Meinung bin, es hat für uns gravierendere Folgen als für Russland, müsste man sich das sehr gut überlegen.

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft hat errechnet, eine komplette, langfristige Abkoppelung von Russland würde das deutsche BIP um 0,4 Prozent pro Jahr verringern. Hält sich der Schaden in Grenzen?

Wir schätzen den Schaden wesentlich dramatischer ein. Wenn Russland tatsächlich kein Gas mehr liefern würde, müsste rationiert werden. Bestimmte Industrieanlagen müssten abgeschaltet werden. Man muss immer die Kaskadeneffekte mit anschauen: Was bedeutet es für die Industrie, wenn Vorprodukte fehlen? Was macht eine Familie, wenn sie 200 Euro mehr für die Heizung zahlen muss? Wir hätten hier große Sorgen, dass das Bruttoinlandsprodukt einbricht und wir noch einmal eine Krise bekommen von der Dimension der ersten Coronakrise.

Wie hoch könnte die Inflation steigen?

Wir rechnen mit über sechs Prozent. Da sind allerdings die schlimmsten Annahmen für den Energiepreisanstieg oder einen Energieboykott noch nicht drin.

Wie können wir kurzfristig unsere Abhängigkeit von Russland reduzieren, ohne dass wir uns weiter in Abhängigkeit von Schurkenstaaten begeben?

Foto: Karsten Schöne

„Für die Verteidigung werden Ausnahmen bei der Schuldenbremse gemacht werden. Ich sehe keinen Unterschied zur Frage der Energieversorgung.“

Es gibt unter den Gas- und Ölförderländern eine Reihe sehr unangenehmer Staaten, aber auch seriösere Lieferanten. Ich denke da an Norwegen oder, beim Flüssiggas, an Australien. Aber einfach ist es nicht. Denn Gas wird über eine Pipeline geliefert. Und für die Alternative, Flüssiggas, fehlt uns zurzeit noch ein Terminal in Deutschland. Es ist also schwer, Erdgas hierherzukriegen. Außerdem ist der Flüssiggasmarkt weitgehend leer gekauft. Wir müssten jetzt den Sommer nutzen, um bis zum Herbst möglichst unabhängig zu werden.

War es ein Fehler, auf Gas als Brücke für die Energiewende zu setzen?
Man kann am Gas als Brücke festhalten. Der Fehler war, sich so sehr auf einen Lieferanten zu verlassen. Das Risiko, von einem Gaslieferanten abhängig zu sein, hat sich jetzt materialisiert. Man muss sich fragen – auch wenn das teurer wird –, ob man diversifizieren kann und ob nicht eine schnellere, direkte Umstellung auf die erneuerbaren Energien sinnvoller ist. Bei einem Gaspreis von 25 Euro pro Megawattstunde sieht die Rechnung ganz anders aus als beim Gaspreis von zeitweise über 200 Euro pro Megawattstunde. Da sind viele erneuerbare Energien oder Speicher für Photovoltaik günstiger als das Gas.

Die Energiewende hat in den letzten Jahren gelahmt. Wie kann man sie jetzt vorantreiben?
Man kann sehr viel bei den Genehmigungsverfahren – gerade für Windenergie – machen. Da hat es in letzter Zeit gehakt. Die Abstandsregeln, auch auf Länderebene, haben ja dazu geführt, dass praktisch keine neuen Windenergieanlagen gebaut werden konnten. Das könnte man alles ändern und beschleunigen. Ähnliches gilt für die Solarenergie.

Das IMK hat schon vor dem Krieg einen Gas--preisdeckel vorgeschlagen – eine Subventionierung eines Grundbedarfs für Haushalte. Wäre das auch für die Industrie sinnvoll?
Bei der Industrie ist das wesentlich schwieriger. Bei den Haushalten ist die Idee, den Grundbedarf für jeden Haushalt im Preis zu deckeln und die Versorger dafür zu entschädigen. Bei Unternehmen ist es komplizierter. Der Bäckerladen an der Ecke, der selbst backt, braucht eine winzige Menge Energie im Vergleich zu einem Großunternehmen wie BASF. Wenn man eine bestimmte Kilowattstundenzahl preislich begrenzt, subventioniert man Kleinbetriebe komplett. Sie haben dann keinen Anreiz mehr, Energie zu sparen. Für die BASF wäre das gleiche Angebot völlig uninteressant.

Was halten Sie von dem Vorschlag von Gewerkschaften und Arbeitgebern, die Steuer auf die Energie zu senken?
Die Bundesregierung wird zum 1. Juli die EEG-Umlage abschaffen und wird vorübergehend für drei Monate die Steuer auf Kraftstoffe senken. Zusätzlich könnte man überlegen, ob man vorübergehend die Stromsteuer senkt. Das würde auch die Industrie entlasten. Bei den Haushalten könnte man noch über die Mehrwertsteuer nachdenken. Das Problem gegenüber dem Gasdeckel ist allerdings, dass man auf breiter Front subventioniert. Das heißt, auch die Grenzeinheit, die

Foto: Tass Grigory Sysoyev

Foto: Daniel Biskup / laif

Vorarbeiten für die Pipeline Nord Stream im russischen Babajewo (2005). Proteste gegen Gas aus Russland in Köln (2022): „Diversifizieren wird natürlich teurer."

letzte Einheit, wird billiger, und damit sinkt der Anreiz, Energie zu sparen. Aber ich glaube, die Situation ist derzeit so, dass man alles Mögliche machen muss.

In gewisser Weise muss die Politik jetzt bremsen und Gas geben gleichzeitig. Einerseits müsste fossile Energie teurer werden, um die Energiewende zu fördern, andererseits können Verbraucher und Wirtschaft die derzeitigen Preissteigerungen kaum stemmen. Wie sieht der Ausweg aus?

Für die Energiewende ist nicht der kurzfristige Preis entscheidend. Was das Erdgas dieses Jahr kostet, wird nicht darüber entscheiden, ob man sich eine neue Heizung einbaut. Dafür ist der Preis in den nächsten Jahren wichtig. Und die Future-Preise für Erdgas an der Energiebörse liegen jetzt schon für die Mitte des Jahrzehnts wieder beim Vorkrisenniveau. Das ist für die Energiewende eigentlich genau der falsche Preisverlauf. Fossile Energie sollte jetzt bezahlbar, aber langfristig teurer sein. Es darf keine dauerhafte Subvention fossiler Energien geben, sondern nur einen kurzfristigen ökonomischen „Katastrophenschutz", wie es meine Kollegin Isabella Weber genannt hat. Danach müssen die Preise für fossile Energien weiter steigen.

Der Staat soll fossile Energien subventionieren, die Energiewende vorantreiben, in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung investieren. Wird das nicht alles sehr teuer?

Aber man sieht auch, was es kostet, wenn man notwendige Dinge nicht tut. Insbesondere im jetzigen Zinsumfeld sollte man das nicht auf die lange Bank schieben. Wir sind eine Volkswirtschaft, die sich das durchaus leisten könnte. Für die Verteidigung werden jetzt Ausnahmen bei der Schuldenbremse gemacht werden. Ich sehe keinen Unterschied zu einer existenziellen Frage wie Energieversorgung. Wir sollten uns nicht selbst Fesseln anlegen.

Wenn Sie die enormen Kosten sehen: Wird Energie in Zukunft immer teurer und ein Luxusgut werden?

Die Kosten für erneuerbare Energien sind immer stärker gefallen, als es prognostiziert worden war. Inzwischen sind erneuerbare Energien jenseits der Grundlast ganz oft schon wettbewerbsfähig mit fossilen Energien. Wir wissen nicht genau, wie die Zukunft aussieht. Aber es gibt durchaus plausible Szenarien, wonach die Energie auch wieder billiger wird als heute.

Werden wir in einer fernen Zukunft alle unsere Energie selbst produzieren?

Vermutlich werden wir auf sehr lange Zeit ein Importland bleiben. Aber dank der Energiewende werden wir weniger Energie importieren als heute. Und wir werden uns hoffentlich mehr Gedanken darüber machen, woher wir unsere Energie bekommen. Wir müssen diversifizieren. Das wird dann natürlich teurer. Das russische Gas war, rein kurzfristig und ökonomisch gedacht, relativ günstig, weil man es mit der Pipeline von Russland hierherbringen konnte. Es gab da viel Gas, und das wurde uns auch nicht allzu teuer verkauft. Das war eine bequeme Lösung.

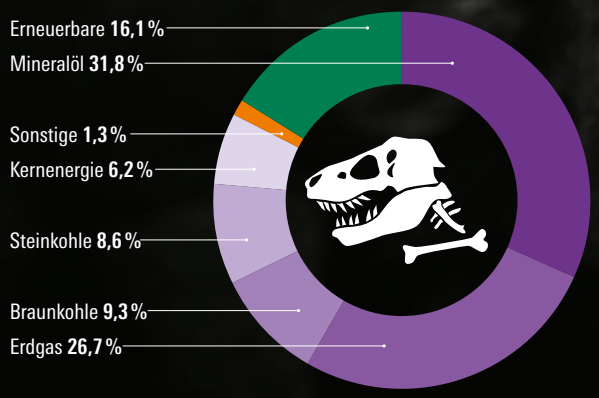
Energie in Zahlen

Wir erklären, aus welchen Quellen unsere Energie kommt, wie die Preise für Gas, Strom und Öl gestiegen sind, und welche Sparziele beim Verbrauch erreicht werden sollen.

Text **Kevin Gallant** und **Kay Meiners**

NOCH ÜBERWIEGEND FOSSIL

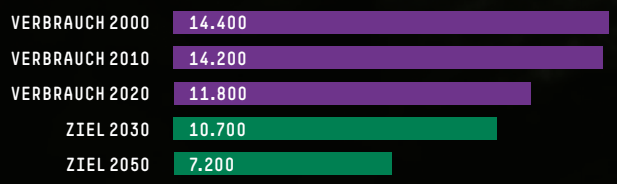
Deutscher Primärenergieverbrauch im Jahr 2021, nach Energieträgern



Quelle: Umweltbundesamt auf Basis Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

EHRGEIZIGES SPARZIEL

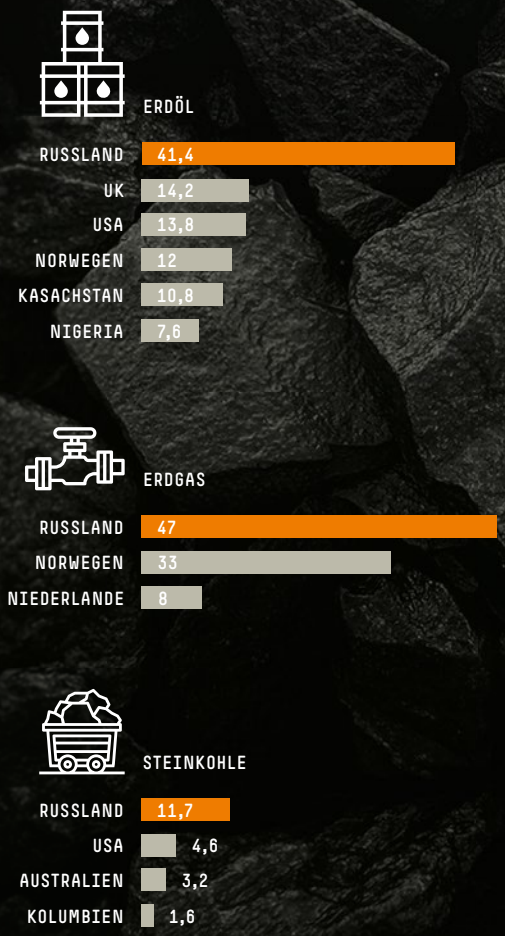
Realer und geplanter Primärenergieverbrauch bis 2050, in Petajoule



Quelle: Umweltbundesamt auf Basis AG Energiebilanzen

UNSERE GRÖSSTEN LIEFERANTEN

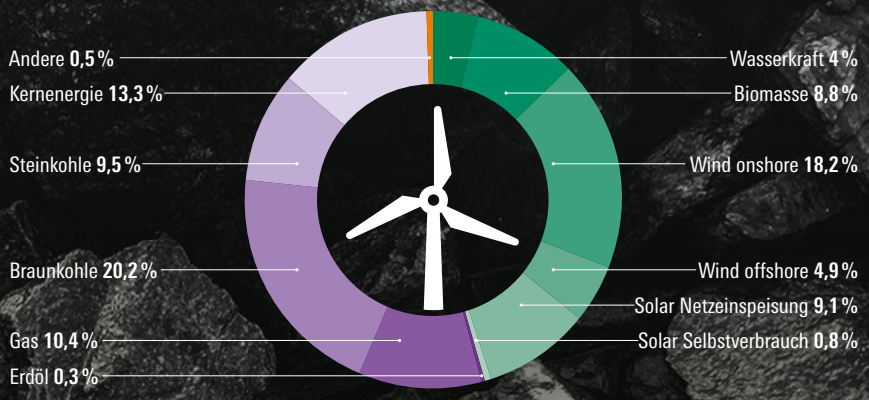
Wichtigste Importländer fossiler Energie im Jahr 2020, in Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE)



Quelle: Dr. Hans-Wilhelm Schiffer/Weltenergierat DeutschlandR e.V.

SCHON VIEL GRÜNER STROM

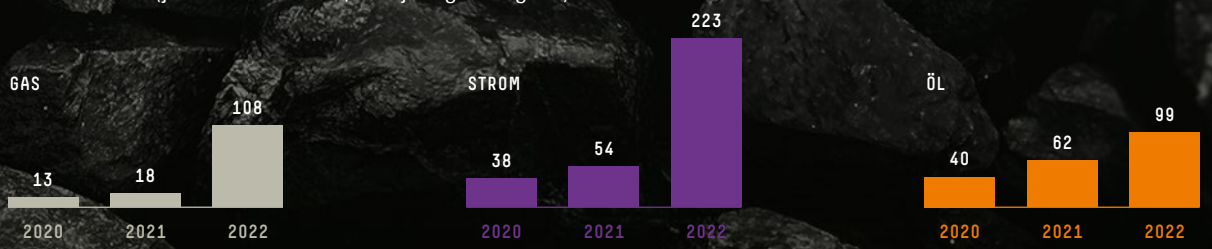
Nettostromerzeugung zur öffentlichen Stromversorgung im Jahr 2021, nach Energieträgern



Quelle: www.energy-charts.info

DRAMATISCHER PREISANSTIEG

Ausgewählte Großhandelspreise für Gas, Strom und Öl, 2020 bis 2022 (jeweils Mitte März, zweijährige Fälligkeit)



Dutch TTF Gas Base Load Futures
Preis in Euro pro MHw

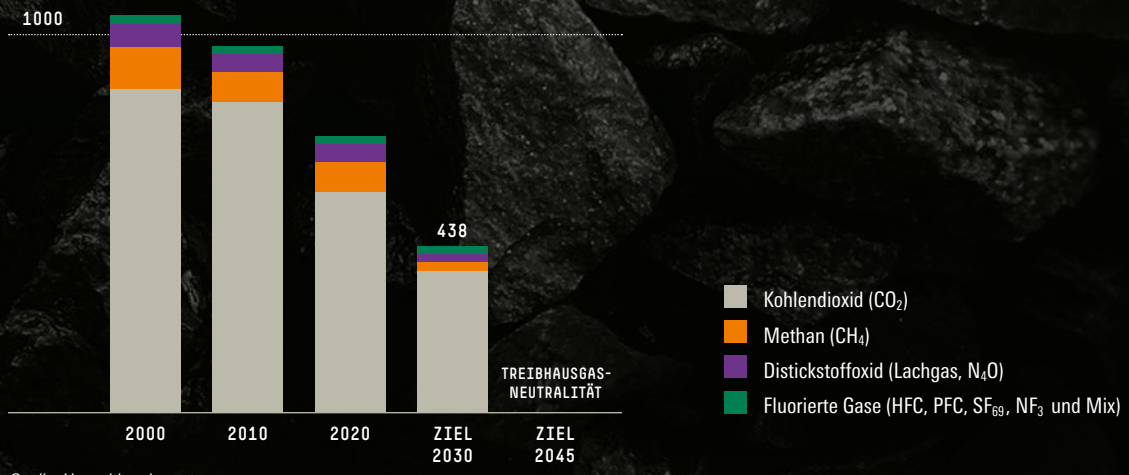
German Power Financial Base Futures
Preis in Euro pro MHw

Rohöl der Sorte Brent
Preis in Euro pro Barrel

Quelle: Intercontinental Exchange (ICE) / Beratung: Thoralf Pusch (WSI)

IMMER WENIGER TREIBHAUSGASE

Reale und geplante Emissionen bis 2045, in Mio. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten



Quelle: Umweltbundesamt

Zu wenig Hände für zu viel Arbeit

HANDWERK Häuser müssen klimafreundlich saniert und Lademöglichkeiten für immer mehr E-Autos aufgebaut werden. Bisher geht der Umbau aber nur schleppend voran. Denn neben mehr Ladestationen, Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen fehlen vor allem Fachkräfte, die sie installieren können.

Von **Kevin Gallant**

Mit einem Ausbildungsvertrag allein lockt das Handwerk schon lange nicht mehr. Jutta Brückner, Betriebsrätin beim Sanitär-Heizung-Klima-Betrieb Rauh in Worms, zählt auf, was ihr Betrieb Auszubildenden zusätzlich bietet: „Prämien für gute Noten in der Berufsschule, Sonderurlaub für die Prüfungsvorbereitung, sogar ein Firmenhandy mit großem Datenvolumen", sagt Brückner. „Trotzdem suchen wir ständig neue Leute, bekommen aber nur wenige qualifizierte Bewerbungen."

Allein ist die Firma Rauh damit nicht. Ralf Kutzner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, warnt schon seit Langem vor der Fachkräftelücke im Handwerk. Bereits 2018 bezifferte die IG Metall sie auf rund 200 000 Menschen. „Allein in den sanierungsrelevanten Gewerken wie dem Bau, den Tischlern, den Metallbauern, den Elektrotechnikern, dem Sanitärgewerk und den Rollladen- und Sonnenschutztechnikern gehen wir mittlerweile von bis zu 190 000 fehlenden Fachkräften aus, Tendenz steigend", sagt Kutzner. Während von unten immer weniger Nachwuchs kommt, kehren viele Gesellen dem Handwerk den Rücken, um zum Beispiel in die Industrie abzuwandern. „Durch

Foto: Frank Rumpenhorst

Der Arbeitgeber von Betriebsrätin Jutta Brückner lockt Auszubildende mit Handys und Prämien und bekommt trotzdem zu wenig neue Fachkräfte.

die Tarifbindung und eine 37-Stunden-Woche stehen wir im Wettbewerb um Fachkräfte besser da als Betriebe ohne Tarifbindung. Insgesamt muss das Lohnniveau im Handwerk aber noch steigen", sagt Brückner. Um die Arbeit im Handwerk attraktiver zu machen, zahle der Betrieb etwa Prämien für geworbene Mitarbeiter, ein 13. Monatsgehalt oder auch Überstundenzuschläge.

Tanya Fischer ist Betriebsrätin bei dem Elektrobetrieb Elpro. Auch sie versucht, neue Beschäftigte zu gewinnen. Ihr Betrieb bietet eine Treueprämie für lange Betriebszugehörigkeit. Um neue Auszubildene zu finden, wendet Fischer sich auch selbst an die Schulen. „Ich spreche teilweise mit den Lehrkräften, und an den schwarzen Brettern hängen unsere Angebote", sagt sie. Dass es immer schwieriger wird, qualifizierte Kolleginnen und Kollegen zu finden, begründet Fischer, die seit über 20 Jahren bei Elpro arbeitet, auch mit der sinkenden Berufserfahrung der Bewerber.

Doch nur das Handwerk kann Millionen von Geräten und Anlagen einbauen, installieren und vernetzen, die der Klimawandel erfordert. In der Gebäudetechnik etwa installiert Elpro Daten- und Kommunikationssysteme, mit denen klima-

freundlichere Smarthome-Systeme betrieben werden. In der Sparte Elektromobilität arbeitet der Betrieb daran, E-Zapfsäulen zu installieren und zu warten und so das Netz an Lademöglichkeiten für Elektroautos zu vergrößern. Das Elektrohandwerk ist aber ebenso gefragt, wenn Solaranlagen auf den Dächern gebaut werden sollen. Gleiches gilt für Millionen von Ladestationen in den Garagen der privaten Haushalte. Zähleranlagen sowie elektrotechnische Infrastruktur müssen für neue Ladestationen oder Stromspeicheranlagen gerüstet werden. Moderne Heizungsanlagen und Wärmepumpen sind ein Baustein, um Gebäude klimafreundlicher zu machen. Weiter geht es mit der Gebäudedämmung, mehrfachverglasten Fenstern, Rollläden und Sonnenschutztechnik.

Foto: Christian Burkert

In der Sparte Elektromobilität arbeitet die Firma Elpro daran, E-Zapfsäulen zu installieren und zu warten und so das Netz an Lademöglichkeiten für Elektroautos zu vergrößern.

Betriebe unter Druck

Auch Jutta Brückners Sanitär-Heizung-Klima-Betrieb arbeitet für den Klimaschutz. Die Handwerker ersetzen etwa alte Heizungssysteme durch klimaschonendere Modelle. „Wir könnten mehr Leute gebrauchen. Kunden müssen teilweise länger warten, weil wir priorisieren müssen. Bestandskunden lassen sich noch abarbeiten, darüber hinaus wird es eng", sagt Brückner. Ein Trend, der sich im gesamten Handwerk zeigt. Wegen der zu dünnen Personaldecke dauert es vom Auftrag bis zur Installation immer länger: „Wartezeiten von vielen Wochen sind mittlerweile an der Tagesordnung", bestätigt auch Ralf Kutzner.

Der Klimaschutz bringt dem Handwerk jede Menge Arbeit, aber ihm fehlen jede Menge Hände, die sie erledigen. Im Gebäudesektor hat Deutschland seine Klimaziele schon in den vergangenen beiden Jahren verfehlt – auch weil zu wenige Menschen in den Gewerken arbeiten. Russlands Angriffskrieg in der Ukraine erhöht den Druck auf die Betriebe. Die Bundesregierung will nun schneller von russischem Gas und Öl unabhängig werden und muss daher eigene Energiequellen ausbauen. „Die beschlossenen Energieziele müssen nun noch schneller erreicht werden und erfordert noch mehr Fachkräfte", sagt Kutzner.

Imageprobleme

Das Handwerk hat auch Imageprobleme. „Es ist eine Männerdomäne und immer noch schwere, körperliche Arbeit. Aber es gibt mittlerweile viele Hilfsmittel, die die Arbeit auch für Frauen erleichtern", sagt Jutta Brückner, die sich seit über 16 Jahren im Betriebsrat engagiert. Sie möchte gerne mehr Frauen für die Berufe gewinnen.

Noch schlechter für das Image wertet IG Metall-Vorstandsmitglied Kutzner die geringe Tarifbindung. In einigen Gewerken ist ein Großteil der Betriebe nicht mehr Mitglied der Innungen. „Selbst wenn wir da Tarifverträge hätten, würden sie für die entsprechenden Betriebe nicht gelten", sagt Ralf Kutzner.

Schlecht fürs Image sind auch die Arbeitsbedingungen in vielen Betrieben. Die IG Metall bemängelt längere und von den Beschäftigten kaum beeinflussbare Arbeitszeiten genauso wie fehlende Sozialleistungen, zu wenig Mitbestimmung und zu geringen Kündigungsschutz. Laut der Gewerkschaft stehe das Handwerk immer weniger für gute Arbeit und faire Arbeitsbedingungen. Schon die Ausbildungsqualität lasse zu wünschen übrig. Laut Ralf Kutzner zeigen Umfragen unter Auszubildenden, dass in einigen Betrieben Lehrinhalte nicht ausreichend vermittelt werden: „Viele Betriebe machen das gut, aber es gibt auch schwarze Schafe, die ihre Auszubildenden mit Dingen beschäftigen, die nichts mit der Ausbildung zu tun haben." Ein ähnliches Bild zeige sich an vielen Berufsschulen: baulich in keinem guten Zustand und zu wenig digitale Ausstattung. Laut IG Metall klagen Auszubildende auch über zu wenige Lehrkräfte und veraltete Inhalte. „Das, was da heute teilweise gelehrt wird, war vor 10, 15 Jahren aktuell", sagt Kutzner.

Denn der Klimaschutz bringt dem Handwerk nicht nur mehr Arbeit, er verändert diese auch. Noch bevor Handwerker ein Werkzeug in die Hand nehmen, planen sie intelligente Systeme und beraten Kunden zu Energieeffizienz und Klimaverträglichkeit. Lichter schalten sich selbst aus, sobald niemand mehr im Raum ist. Heizungen stellen sich ab, wenn gelüftet wird. Nichts läuft unnötigerweise im Standby-Modus.

IG Metall-Vorstandsmitglied Ralf Kutzner kann dem Handwerk noch mehr positive Seiten abgewinnen: „Handwerksarbeit bedeutet Vielfalt. Jede Arbeit erfordert andere Vorbereitungen, Materialien, Arbeitsschritte. Die Arbeit ist spannend – am Morgen weiß man noch nicht, was man abends geschafft hat. Und wenn man seinen Werkzeugkoffer zusammengepackt hat, sieht man das Endprodukt und kann es auch anfassen. Das ist nicht überall so."

> Wartezeiten von vielen Wochen sind mittlerweile an der Tagesordnung."
>
> **RALF KUTZNER,** IG Metall

Umdenken beginnt

Trotzdem befürchtet die IG Metall, dass die berufliche Ausbildung in eine Ausbildung zweiter Klasse abrutscht. Deswegen fordert Ralf Kutzner, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die duale Ausbildung zu fördern, auch bei der Digitalisierung. Um neue Technologien installieren, reparieren und anwenden zu können, sei es nötig, die Kenntnisse der Fachkräfte zu erhöhen. „Das Handwerk muss in der Lage bleiben, die Innovationen der Herstellerfirmen nachvollziehen zu können", sagt Kutzner. Wie das funktionieren kann, zeigt der Arbeitgeber von Betriebsrätin Jutta Brückner: „Für Weiterbildungen hat die Käuffer-Gruppe eine eigene Akademie eröffnet, in der unsere Kolleginnen und Kollegen individuell und regelmäßig gefördert werden können", sagt sie.

Allerdings erkennt Kutzner auch einen Positivtrend. „Die Betriebe sehen zunehmend eine Verbindung zwischen Imageproblem und fehlender Tarifbindung", sagt er. Auch bei der Bezahlung verbessere sich das Handwerk: „In den Branchen, in denen wir Tarifpolitik machen, haben wir schon deutlich bessere Gehälter erzielt, vergleichbar mit der Industrie. Das war nicht immer so und ist deswegen ein Fortschritt".

Foto: Karsten Schöne

Der verdammte Krieg

UNTERNEHMEN Sechs Betriebsräte erzählen, was der Angriff auf die Ukraine für die Produktion bedeutet – und was er mit den Menschen macht.

Von **Kay Meiners** und **Andreas Molitor**

Es gab Zeiten, in denen traute man sich kaum, eine Kappe oder ein T-Shirt mit dem Rheinmetall-Logo unserer Firma zu tragen. Verteidigung war nicht gesellschaftsfähig. Auch nach der Annexion der Krim 2014 tat sich wenig. Jetzt ändert sich etwas, aber ich weiß noch nicht recht, ob das von Dauer ist. Leute wie ich bekommen viele Presseanfragen, aber man muss aufpassen, nicht in die falsche Ecke gestellt zu werden.

Glaubt wirklich einer, wir freuen uns über den Krieg? Mich macht es eher traurig, dass es einen heißen Krieg in Europa braucht, damit wir wieder über Verteidigung reden. Ich glaube an eine wehrhafte Demokratie, an Abschreckung. Früher stand ich hinter Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Nato-Doppelbeschluss, der sehr kontrovers diskutiert wurde. Damals war ich noch im Lokomotivbau beschäftigt.

Die neue Situation macht sich noch nicht in Aufträgen bemerkbar, aber das eine oder andere wird kommen. Am Ende wird das bei uns zu mehr Jobs führen. Aber da sind wir noch nicht. Wenn ein Auftrag für einen Panzer wie den Boxer kommt, brauchen wir mindestens ein Jahr Vorlauf Wenn noch Entwicklungsarbeit dazukommt, auch viel mehr.

Einige Aufträge für die Bundeswehr werden jetzt beschleunigt – darunter Transport-Lkw mit gepanzerten Kabinen, die in Kooperation mit MAN im Werk in Wien gebaut werden. Wir liefern Teile für die österreichische Tochtergesellschaft, die das Fahrzeug produziert. Dafür arbeiten wir im Dreischichtsystem, für das wir eine Betriebsvereinbarung ausgehandelt haben. Wir setzen uns aber auch für Diversifikation und für die Stärkung der zivilen Sparte ein – wie zum Beispiel für neue Produkte rund um E-Mobilität, Brennstoffzellentechnologie oder Luftreinigungssysteme."

Das Rüstungsunternehmen Rheinmetall steht vor einem Auftragsboom. Reinhard Müller freut sich trotzdem nicht. Er war immer ein Freund der Abschreckung, aber kein Freund des heißen Krieges.

Reinhard Müller ist stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats der Rheinmetall Landsysteme in Kassel, Mitglied des Konzernbetriebsrats und Vorsitzender des Europäischen Betriebsrates der Rheinmetall AG.

„Der Krieg trifft unser Unternehmen in einer schwierigen Lage. Im Juli 2021 gab es im Chempark in Leverkusen, den wir für Kunden wie Bayer, Covestro und Evonik betreiben, eine schwere Explosion. Sieben Beschäftigte kamen ums Leben. In einer Situation, wo wir schon angezählt sind, trifft uns der Energiepreisschock. Zu den Kunden, die wir mit Energie versorgen, gehören extrem stromintensive Unternehmen. Die höheren Preise können wir momentan aber nicht an die Kunden weitergeben. Erst im kommenden Jahr stehen die nächsten Preisverhandlungen an. Erstmal bleiben wir auf den Kosten sitzen. Ich habe erhebliche Zweifel, ob wir den jetzigen Beschäftigungsstand halten können.

Foto: Markus J. Feger

Joline Macek ist Betriebsratsvorsitzende bei Currenta/Tectrion in Dormagen. Das Unternehmen betreibt drei Chemieparks in NRW.

Der Chemieparkbetreiber Currenta bleibt in diesem Jahr auf den Kosten sitzen, die der Energiepreisschock verursacht. Jolice Macek macht sich Sorgen, ob der Beschäftigtenstand gehalten werden kann.

Inna Mitternacht, 40, ist Betriebsratsvorsitzende bei der im badischen Endingen beheimateten Niederlassung des Schweizer Metallunternehmens Oetiker.

Foto: Wolfgang Scheible

Inna Mitternacht geht der Krieg in ihrem Heimatland nicht aus dem Kopf. Was ist mit ihren Verwandten? Wo sind ihre Cousins, die jetzt als Soldaten ihren Dienst tun? Die Ukrainerin hat einen Traum: alles soll wieder sein wie früher.

„Ich bin in der Ukraine geboren. Bei mir zu Hause, wo ich sonst allein mit meiner Tochter wohne, ist es gerade sehr eng. Fünf Verwandte, die vor dem Krieg aus der Ukraine geflohen sind, wohnen bei mir. Ich werde den Moment nie vergessen, als meine Schwester an jenem Morgen kurz nach sechs aus Kiew anrief. „Es ist Krieg", sagte sie. „Ich packe jetzt schnell einen Rucksack und renne in den Luftschutzbunker." Kurz vorher war ganz in der Nähe die erste Rakete eingeschlagen.

Bei Kriegsausbruch lebte meine ganze Familie in der Ukraine: Eltern, Großmutter, Schwester, Tanten, Cousins und Nichten. Acht von ihnen sind nach Deutschland geflohen, einige sind aber noch da. Drei meiner vier Cousins stehen als Soldaten im Kampf gegen die Russen. Ich habe keinen Kontakt zu ihnen, weiß nicht, wie es ihnen geht. Sie dürfen nicht anrufen; niemand darf wissen, wo ihre Einheiten sind.

Es ist fast unmöglich, den Krieg aus dem Kopf zu kriegen. Die Arbeit ist so etwas wie ein Zufluchtsort, an dem ich zumindest für ein paar Stunden auf andere Gedanken komme. Zu Hause holt mich dann alles wieder ein. Ich muss ja für meine Verwandten, die bei mir wohnen, alles organisieren. Keiner spricht ein Wort Deutsch. Und sie haben furchtbare Dinge erlebt.

Ich wünsche mir, dass es wieder so wird wie früher. Und ich wünsche mir auch, dass ich nicht diese Wut auf Russland hätte. Diese Menschen, die gerade unser Land zerstören, sind doch unsere Brüder. Ich spreche mit meiner Tochter fast nur Russisch. Wie kann das alles sein?

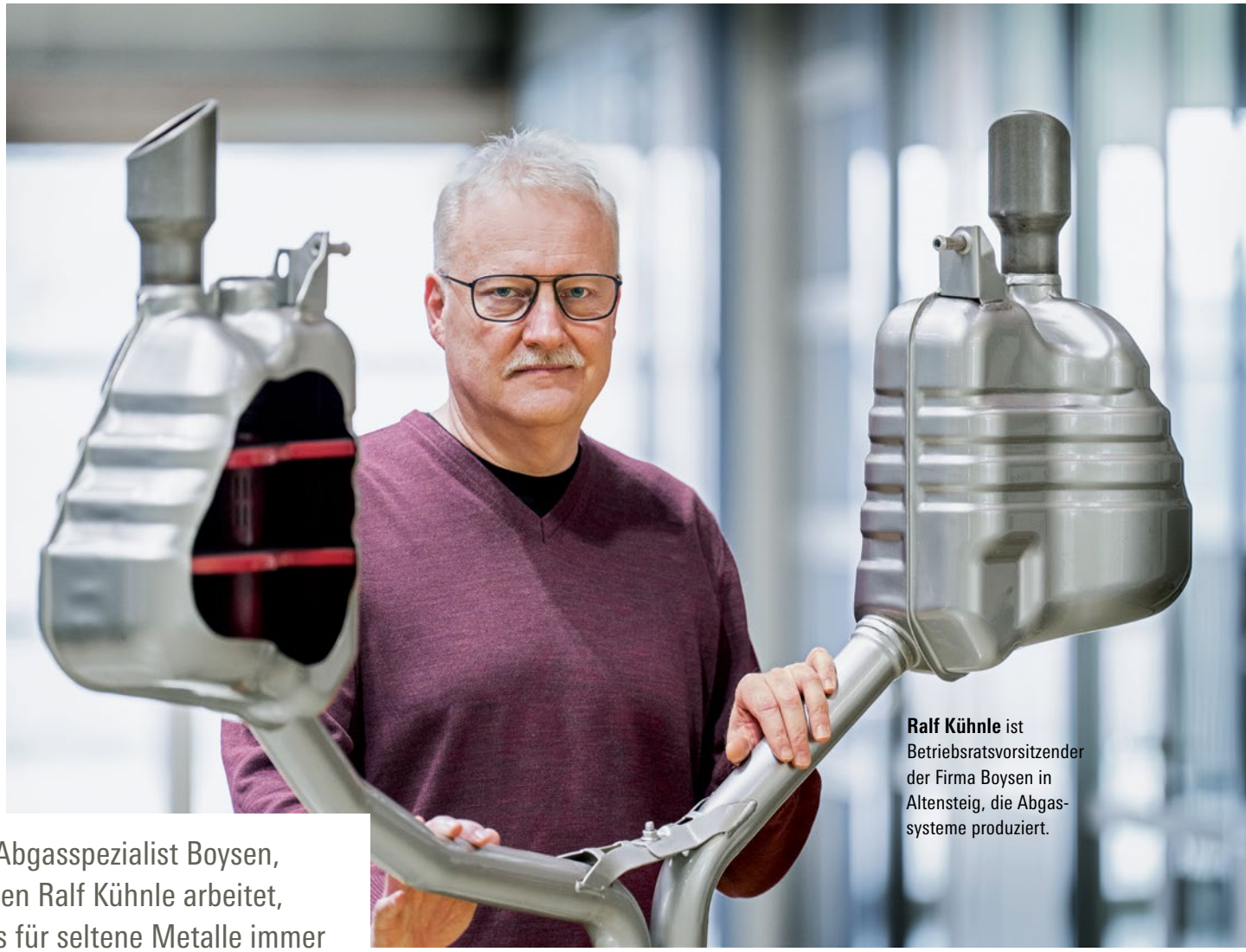
Der PVC-Hersteller Vinnolit braucht jede Menge Strom, Öl und Gas – das wird eine dreistellige Millionensumme mehr kosten. Und wenn die Lieferungen aus Russland ausbleiben? Heinz Coltro weiß nicht, ob sein Werk dann noch produzieren kann.

Foto: Karsten Schöne

Heinz Coltro ist Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Vinnolit GmbH & Co. KG, die zur amerikanischen Westlake-Gruppe gehört.

„Der Krieg nimmt uns von zwei Seiten in die Zange. Russland, Belarus und die Ukraine sind für uns ein wichtiger Absatzmarkt. Diese Länder trugen bisher acht Prozent zum Gesamtumsatz bei. Das lässt sich noch kompensieren, zumal uns die Kunden derzeit jedes Gramm PVC förmlich aus den Händen reißen. Viel schlimmer sind die explodierenden Energie- und Rohstoffkosten. PVC lässt sich ohne Erdöl nicht produzieren. Außerdem sind wir ein Stromfresser. Allein die Chlorelektrolyse in unserem Werk in Hürth-Knapsack benötigt jeden Tag so viel Strom wie die Stadt Köln. Wir werden für Energie und Rohstoffe in diesem Jahr rund 250 Millionen Euro mehr ausgeben als voriges Jahr – vorausgesetzt, es gibt weiter Öl und Gas aus Russland. Niemand kann sagen, was passiert, wenn die Hähne zugedreht werden – ob wir dann überhaupt noch produzieren können und zu welchen Kosten."

Foto: Wolfram Scheible



Ralf Kühnle ist Betriebsratsvorsitzender der Firma Boysen in Altensteig, die Abgassysteme produziert.

Der Abgasspezialist Boysen, für den Ralf Kühnle arbeitet, muss für seltene Metalle immer höhere Preise zahlen. Die Nachrichten aus der Ukraine erschrecken ihn. Was soll er den Kindern erzählen? Wie wahrt man den Betriebsfrieden in einem Unternehmen, in dem manche Kollegen hinter Putin stehen?

Die Nachrichten aus der Ukraine lassen mich schaudern. Meine Mutter hat als junges Mädchen den Krieg noch erlebt. Jetzt kommen bei den älteren Menschen die schrecklichen Bilder aus der Erinnerung zurück, und unsere Kinder fragen: Was passiert da eigentlich? Man fühlt sich so hilflos und ausgeliefert. Die Lage unseres Unternehmens hängt an der Autoindustrie und dem Verbrenner. Die Chipkrise ist noch nicht gelöst – und jetzt fehlen der Branche weitere Vorprodukte wie Kabelbäume aus der Ukraine. Was sollen die produzieren, wenn Bomben auf sie geworfen werden? Die Folgen für uns sind Kurzarbeit an mehreren Standorten und eine schwierige Ertragslage. Die Kosten können nur teilweise und erst mit Verzögerung an die Autobauer weitergegeben werden.

Unser Betrieb spürt den Krieg und die Sanktionen durch höhere Preise und Lieferengpässe. Die Preise für Chrom, Nickel oder Mangan gehen durch die Decke, ebenso für Palladium und Halbleiterprodukte. Die Edelstähle für unsere Abgasanlagen kommen nicht direkt aus

Russland oder der Ukraine. Aber der Einkauf wird insgesamt nicht einfacher. Auf der Betriebsversammlung sprechen wir über den Krieg. Aber wir machen das behutsam, denn wir brauchen Fingerspitzengefühl. In unserem Unternehmen arbeiten viele Spätaussiedler. Einige stehen hinter Putins Politik, sei es wegen Desinformation, sei es aus Überzeugung. Wir setzen alles daran, den Betriebsfrieden durch gute Gespräche zu wahren. Unsere Botschaft: In jedem Krieg gibt es nur Verlierer."

Bei Schwenk Zement wird die Produktion teurer, die Beschaffung von Ersatzteilen wird schwieriger. Hoffentlich geht nichts Wichtiges kaputt, denkt Josef Duchnik.

Foto: Karsten Schöne

Josef Duchnik ist Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Schwenk Zement GmbH und Betriebsrat am Standort Karlstadt.

Wenn uns heute ein wichtiges Ersatzteil wie eine größere Welle aus Stahl kaputtgeht, kann das für uns einen Ausfall der Produktion bedeuten, da die Stahlunternehmen zurzeit lange Lieferzeiten haben. Auch normalerweise banale Dinge wie die Beschaffung von Sprengstoff für unsere Kalksteinbrüche werden schwieriger, da ein bestimmter Zuschlagstoff aufgrund der aktuellen internationalen Lage so gut wie nicht verfügbar ist.

Dazu kommen die hohen Energiepreise. Die Strombörse bestimmt inzwischen, wann unsere Maschinen laufen. Unser Ofen muss immer laufen. Unsere Kollegen machen dann andere Sachen, wie Wartungsarbeiten. Trotzdem müssen wir die Mühlen laufen lassen, wenn die Silostände sinken. Wir haben Conti-Schichten und können auf die verschiedenen Gegebenheiten reagieren.

Alles wird teurer. Wenn das so anhält, ist die Zementbranche, wie andere Industrien auch, gezwungen, die Preise anzupassen. Wo immer möglich und durch die Aufsichtsbehörden erlaubt, nutzen wir Abfälle anderer Industrien, um Natur- und Rohstoffe zu schonen – zum Beispiel Gips aus der Rauchgasentschwefelung von Kohlekraftwerken oder Gießereialtsand aus der Autoindustrie. Aber auch diese Ressourcen werden knapp, weil die Branchen von den weltweiten Lieferschwierigkeiten betroffen sind. Noch ist unser Unternehmen mit einem dunkelblauen Auge davongekommen. Aber wie lange noch?

PRAXISTIPP

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.) wertet regelmäßig Betriebs- und Dienstvereinbarungen aus und zeigt anhand von Beispielen, worauf es ankommt. Mit der Reihe „Praxistipp“ stellen wir in jeder Ausgabe eine Auswertung vor.

Betriebsrat als Treiber der Nachhaltigkeit

Bei Klimaneutralität und Autos denken die meisten zuerst an neue Antriebstechniken. Auch der Autobauer Mercedes-Benz will seine Neuwagenflotte mit batterie- und wasserstoffgetriebenen Motoren bis 2039 CO_2-neutral machen. Darüber hinaus soll aber auch in der Produktion und entlang der Lieferkette weniger CO_2 ausgestoßen werden.

Daher setzt der Betriebsrat am Standort Sindelfingen auf eine Vielzahl auch kleinerer Projekte, um den sozial-ökologischen Wandel im Werk voranzutreiben. Denn die Umstellung auf Klimaneutralität wirkt sich in fast allen Bereichen aus – von der Produktion über die Buchhaltung bis zur Logistik. Die Zulieferer verteilen sich über die ganze Welt. In der Logistik geht es darum, den Ausstoß entlang der globalen Wertschöpfungskette zu reduzieren. Im Planungsausschuss bringt der Betriebsrat Experten, Führungskräfte und Sachbearbeiter zusammen, um Wissen auszutauschen und Ideen zu entwickeln. Mit den Beschäftigten will der Betriebsrat die Nachhaltigkeit im Sindelfinger Werk vorantreiben.

Dafür nehmen sie alles unter die Lupe. Zum Beispiel den Werksverkehr. Das Fahrrad soll hier zukünftig eine zentrale Rolle spielen. Für die notwendige Infrastruktur hat der Betriebsrat lange gekämpft. Er setzt sich für mehr Abstellplätze für Fahrräder ein, und für Berufspendler mit dem Rad soll es perspektivisch auch Duschen im Werk geben. Auch mit dem Thema Jobrad befasst sich der Planungsausschuss.

Bei der Gebäudesanierung geht es dem Betriebsrat auch um den Schutz der Beschäftigten vor den Folgen des Klimawandels. Bei steigenden Temperaturen im Sommer wird die Arbeit in manchen Hallen zur unfreiwilligen Saunakur. Deshalb fordert der Betriebsrat Deckenkühlungen auch in den Produktionshallen.

Bereits seit 1990 gibt es im Sindelfinger Werk einen Umweltausschuss. Zu den Gründern gehören zwei Betriebsräte. Sie setzen sich seit über 30 Jahren für nachhaltige Mobilität ein. Inzwischen hat sich der Ausschuss zu einem Thinktank im Unternehmen entwickelt, der viele Ideen und Innovationen angestoßen hat. Der Ausschuss möchte die Beschäftigten mehr beteiligen und sie für die Veränderungen sensibilisieren, die der Klimaschutz für ihre Arbeit mit sich bringen wird.

BETRIEBS-VEREINBARUNGEN

Den gesamten Bericht über Mercedes-Benz Sindelfingen aus der Reihe „Sozialökologische Transformation – Gute Arbeit gestalten“ gibt es hier: **https://www.mitbestimmung.de/html/planungs-und-umwelt-ausschuss-als-20800.html**

Wir bestimmen mit

AUFSICHTSRATSPORTRÄT Katharina von Hebel, Aufsichtsrätin bei den Ford-Werken in Köln

Von **Fabienne Melzer** – Foto **Stephen Petrat**

Wegen der Quote? Katharina von Hebel lacht: „Ja, ich war eine Quotenfrau." Die Betriebsrätin, Aufsichtsrätin und seit Neuestem auch Vorsitzende des Eurobetriebsrats der Ford-Werke kam ursprünglich zur Mitbestimmung, weil bei den Betriebsratswahlen 2002 noch eine Frau für die Quote gesucht wurde. Ein Kollege sprach sie damals an: „Du bist als Vorgesetzte hart, aber immer fair. Du wärst für den Betriebsrat genau richtig."

Die 55-Jährige war zwar nach ihrem Start bei Ford vor 31 Jahren recht schnell in die IG Metall eingetreten und schätzte die Arbeit des Betriebsrats. Aber als Verantwortliche für den Bereich Gastronomie mit 185 Beschäftigten sah sie sich selbst nicht in der Rolle der Arbeitnehmervertreter. Doch nach kurzer Bedenkzeit antwortete sie dem Kollegen: „Ich mache es. Aber nur, wenn ich über den Listenplatz in die Freistellung komme." Zur Erklärung fügt die Diplomingenieurin für Ernährungstechnik heute hinzu: „Ich hatte keine Lust, zwischen die Fronten zu geraten."

Zehn Jahre später das gleiche Spiel: Nun wurde eine Frau für die Quote im Aufsichtsrat gesucht, und wieder wurde Katharina von Hebel gefragt. Diesmal musste sie nicht lange überlegen. Die Arbeit im Aufsichtsrat liegt ihr. „Ich arbeite sehr analytisch und strukturiert", sagt sie. „Es macht mir Spaß, auf offene Fragen hinzuweisen und nicht locker zu lassen, bis sie geklärt sind." Sie ist bereit, sich auf die Argumente der Gegenseite einzulassen und ihre eigenen zu überdenken. Erwartet das aber auch von ihrem Gegenüber und hat es auch immer wieder erfahren. Seit sie die Interessen der Beschäftigten im Aufsichtsrat vertritt, hat sie stärker die ganze Branche im Blick. „Ich lese viel mehr Wirtschaftspresse und bleibe bei Themen wie Halbleiter, Rohstoffe und Ähnlichem auf dem Laufenden."

Die Branche hat in den vergangenen Jahren einiges durchgestanden. Auf die Coronakrise folgte der Halbleitermangel, und gleichzeitig durchlief Ford ein schmerzhaftes Restrukturierungsprogramm. Fast 6000 Stellen wurden in den vergangenen drei Jahren abgebaut. Tätigkeiten vor allem für Fachkräfte fielen weg, andere, im Bereich der Softwareentwicklung, kamen hinzu. „Aber es wurde niemand entlassen, und keiner hat durch einen Arbeitsplatzwechsel Geld verloren", sagt Katharina von Hebel.

Es gab eine interne Personalvermittlung und Qualifizierungsangebote für Beschäftigte. „Ein 45-jähriger Maschinenbauingenieur mit Familie und Häuschen in Pulheim zieht nicht mal eben um", sagt die Betriebsrätin. „Ihm müssen wir die Möglichkeit geben, sich zum Softwareingenieur zu qualifizieren."

Die Quote war wichtig

Doch nicht nur die Technik, auch die Kultur hat sich verändert. Vor zehn Jahren war Katharina von Hebel die erste und einzige Frau im Aufsichtsrat. Anfangs begrüßte der Vorsitzende die Runde mit: „Meine sehr geehrten Herren, sehr geehrte Frau von Hebel." Inzwischen sitzen vier weitere Frauen im Aufsichtsrat, und eine exklusive Begrüßung gibt es nicht mehr. Die gemischte Runde ist Normalität.

Ohne Quote, denkt Katharina von Hebel heute, hätten sich die Gremien vermutlich nicht verändert. In diesem Punkt hat sich auch ihre Einstellung in den vergangenen 30 Jahren gewandelt. Als Berufsanfängerin bei Ford dachte sie noch: „Quote braucht kein Mensch. Wenn ich etwas leiste, werde ich auch gesehen." Inzwischen sagt ihr die Lebenserfahrung: „Vielleicht wird man gesehen, aber freiwillig hätte kein Mann seinen Platz für eine Frau geräumt."

Franziska Löhnert kämpft mit Verdi am Uniklinikum Jena für Entlastung der Pflegekräfte

Nur noch das Schlimmste verhindern

PFLEGE Auf den Intensivstationen herrschen nicht erst seit Corona unerträgliche Arbeitsbedingungen. An einigen Kliniken hat Verdi für die Beschäftigten Entlastungstarifverträge abgeschlossen, andere kämpfen darum. Doch auch die Politik muss das System heilen.

Von **Fabienne Melzer**

Foto: Benjamin Jenak

Die Hilferufe kamen von den Pflegekräften der Intensivstationen. „Eigentlich springe ich nur zwischen den Betten hin und her, um das Schlimmste zu verhindern und meine Patienten lebend über die Schicht zu bringen", berichtet eine Intensivpflegekraft. Eine andere schreit ihre Verzweiflung in Großbuchstaben heraus: „ICH.KANN.NICHT.MEHR." Berichte aus dem Stationsalltag, die das „Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus" auf seiner Internetseite veröffentlicht hat. Oft arbeiten die Pflegekräfte acht Stunden ohne Pause, ohne zu essen, zu trinken oder auf Toilette zu gehen. Sie müssen den einen Patienten im eigenen Kot liegen lassen, weil ein anderer gerade kollabiert. Das bittere Fazit einer Beschäftigten: „Intensivpflege muss man wollen, heißt es, aber unter den gegenwärtigen Umständen sollte man sie nicht mehr wollen."

Satt und sauber reicht nicht

Mit einem Brandbrief hatten sich die Pflegekräfte an ihren Arbeitgeber gewandt, das Hamburger Universitätsklinikum Eppendorf (UKE). Der Vorstand reagierte und sperrte auf jeder Intensivstation zwei Betten. Auch schon zuvor hat er die Pflegekräfte entlastet: Schreibkräfte nehmen ihnen Verwaltungsarbeiten ab, Versorgungsassistenten füllen Medikamente und andere Pflegemittel auf. Doch Personalrätin Birgit Kirschstein stellt fest: „Das reicht nicht." Gemeinsam mit der Gewerkschaft Verdi wollen sie daher einen Entlastungstarifvertrag abschließen. Die Gewerkschaft fordert für Intensivstationen eine Eins-zu-zwei-Betreuung am Bett, das heißt: Eine Pflegekraft versorgt zwei Patienten. Auch alle anderen Beschäftigten sollen entlastet werden. „Bei der Pflegeuntergrenze werden zurzeit alle eingerechnet, auch die, die auf der Station nicht pflegen", sagt Birgit Kirschstein. „Eine echte Pflegeuntergrenze zählt nur die Pflegekräfte am Bett."

Seit 2009 ist Birgit Kirschstein Mitglied des Personalrats, davor arbeitete sie 20 Jahre als Fachgesundheitskraft für Intensivmedizin und Anästhesie. Als sie 2009 zur Personalratswahl antrat, dachte sie: „Ich kann mir das ja mal anschauen", und rechnete damit, dass sie auf einem Nachrückerplatz landet. Aber sie wurde direkt ins Gremium gewählt und ein halbes Jahr später freigestellt. „Für Menschen meiner Generation gehört zu dem Beruf auch die Menschlichkeit", sagt die 55-Jährige. „Satt und sauber, das reicht einfach nicht." Viele ihrer Kolleginnen sind allerdings schon froh, wenn ihnen das täglich gelingt.

Seit zehn Jahren bekannt

Der Sozialwissenschaftler Michael Simon untersucht seit Langem die Situation der Beschäftigten im Pflegedienst der Krankenhäuser. Mehrere seiner Studien hat die Hans-Böckler-Stif- ►

Die Berichte aus dem Alltag der Intensivpflegekräfte hat das „Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus" auf seine Internetseite gestellt: **https://pflegenotstand-hamburg.de/**

Foto: Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus

> Zu Corona-Hochzeiten musste bei uns sogar die Bundeswehr aushelfen."

FRANZISKA LÖHNERT, Gewerkschafterin

tung gefördert. Die Berichte der Pflegekräfte überraschen ihn nicht: „Die Situation auf den Intensivstationen ist seit über zehn Jahren bekannt. Das Ärzteblatt veröffentlichte mehrmals Ergebnisse von Umfragen. Sie waren für alle in der Gesundheitspolitik zugänglich." Die Ursache des Übels sieht Simon in den Fallpauschalen, die die rot-grüne Bundesregierung 2003 eingeführt hatte.

„Die Fallpauschalen sind ein Umverteilungssystem", sagt Simon. „Alle Krankenhäuser erhalten die gleiche Pauschale, unabhängig von ihren tatsächlichen Kosten." Weder die Qualität der Versorgung noch die Personalbesetzung spielen eine Rolle. Krankenhäuser mit einem guten Personal-Patienten-Verhältnis gehören dadurch zu den Verlierern. Profitiert haben all jene, die beim Pflegepersonal gespart haben, insbesondere private Krankenhäuser. „Ihre Gewinne nutzen private Klinikketten inzwischen dazu, im Ausland Kliniken aufzukaufen, beispielsweise in Spanien und Südamerika", sagt Simon. „Dank der Fallpauschalen entwickeln sie sich zu internationalen Konzernen."

Den Fehler im System hatte die Große Koalition 2018 erkannt und die Pflege aus den Fallpauschalen herausgenommen. Seit 2020 gibt es ein Pflegebudget, das auf Basis der tatsächlich anfallenden Kosten der Krankenhäuser finanziert werden soll. Infolge der Gesetzesänderung stellten die Krankenhäuser mehr als 20 000 Pflegekräfte zusätzlich ein, laut Simon der höchste Zuwachs seit 30 Jahren. Dennoch fehlen nach seinen Berechnungen immer noch weit mehr als 100 000 Stellen, um eine gute Pflege zu gewährleisten.

Pflegekräfte stellten Ultimatum

In der Uniklinik Jena konnten die Beschäftigten gemeinsam mit Verdi bereits 2019 mit dem Klinikvorstand einen Entlastungstarifvertrag abschließen. Gewerkschafterin Franziska Löhnert arbeitet als medizinisch-technische Assistentin an der Uniklinik und kämpfte für den Entlastungstarifvertrag. In der Verhandlungsrunde im öffentlichen Dienst 2019 hatte die Belegschaft gezeigt, dass sie kampfstark ist. Auch in Jena musste es erst knallen, bevor sich etwas bewegte. „Die Arbeitsbedingungen auf einer Intermediate-Care-Station waren unerträglich, und so stellten die Beschäftigten dort 2018 dem Vorstand ein Ultimatum", sagt Franziska Löhnert.

Doch auch der Entlastungstarifvertrag verbesserte die Lage für die Pflegekräfte nicht wirklich. Zwar gibt es jetzt Belastungspunkte, wenn Schichten unterbesetzt sind, und bei sechs Punkten einen zusätzlichen freien Tag, aber die Personalsituation hat sich nicht gebessert. In der letzten Coronawelle schloss der Arbeitgeber auf Normalstationen Betten und setzte mehr Pflegekräfte auf der Intensivstation ein. Dennoch schmissen viele Intensivpflegekräfte das Handtuch. „Zu Corona-Hochzeiten musste bei uns sogar die Bundeswehr aushelfen", sagt Löhnert.

Im Nachhinein würde sie einiges anders machen. So fehlen im Entlastungstarifvertrag Sanktionen für den Fall, dass der Arbeitgeber ihn nicht einhält. Ihren größten Fehler sieht Löhnert aber an anderer Stelle: „Wir hätten uns nicht auseinanderdividieren lassen dürfen." Die Verhandlungen liefen zäh, und schließlich schloss Verdi den Tarifvertrag zunächst nur für die Pflege am Bett ab. „Deshalb erfasste er unter anderem die zentrale Notaufnahme zunächst nicht", sagt Löhnert. „Dort brennt es aber an allen Ecken und Enden." Mit der Notaufnahme sollte es 2020 weitergehen, doch dann kam Corona, und so konnte über einen Abschluss erst im Juni 2021 verhandelt werden.

Studien

Michael Simon: **Das DRG-Fallpauschalensystem für Krankenhäuser**. Kritische Bestandsaufnahme und Eckpunkte für eine Reform der Krankenhausfinanzierung jenseits des DRG-Systems. Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 196. Düsseldorf, November 2020

Michael Simon: **Von der Unterbesetzung in der Krankenhauspflege zur bedarfsgerechten Personalausstattung.** Eine kritische Analyse der aktuellen Reformpläne für die Personalbesetzung im Pflegedienst der Krankenhäuser und Vorstellung zweier Alternativmodelle. Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 96. Düsseldorf, Oktober 2018.

Foto: UKE

Franziska Löhnert von der Uniklinik Jena (S. 36) und Birgit Kirschstein, Personalrätin an der Uniklinik Hamburg-Eppendorf (unten)

Foto: Cordula Kropke

Im Mai wählen die Beschäftigten der Uniklinik Jena einen neuen Personalrat. Franziska Löhnert möchte weiter die Arbeitsbedingungen verbessern, auch wenn das nicht leicht wird. Nachverhandlungen sind schwieriger, weil sie nur noch einen Teil der Belegschaft betreffen.

Birgit Kirschstein vom Hamburger Universitätsklinikum Eppendorf tritt im Mai ebenfalls zur Personalratswahl an und versucht, die Kolleginnen dafür zu gewinnen. An der Wahl vor vier Jahren beteiligten sich gerade einmal knapp 20 Prozent. Die Personalrätin wundert das nicht. Sie dachte früher selbst: „Ich habe keine Probleme, ich brauche keinen Personalrat."

Nach 13 Jahren im Amt weiß sie es besser. Ihre Kolleginnen brauchen sie oft! Mal geht es um Fehler in der Gehaltsabrechnung, mal um Konflikte mit Vorgesetzten. Für die Beschäftigten der Notaufnahme organisierte der Personalrat eine Werkstatt mit Moderation, um über die Belastung zu sprechen. Das Ergebnis: 13 neue Vollzeitstellen für die Notaufnahme. Die Personalrätin kümmert sich und macht möglich, was geht, aber sie sieht auch die Beschäftigten in der Verantwortung. „Sie arbeiten immer weiter, weil sie ihre Kolleginnen nicht im Stich lassen wollen", sagt Birgit Kirschstein. „Sie merken nicht, dass sie sie im Stich lassen, gerade weil sie immer mehr machen und jede Lücke stopfen." Denn so muss der Arbeitgeber nichts ändern.

Doch auch die Gesundheitspolitik muss sich ändern. „Nicht die Rentabilität sollte darüber entscheiden, wie viele Krankenhäuser betrieben werden und welche Leistungen sie anbieten, sondern die staatliche Krankenhausplanung", sagt Sozialwissenschaftler Simon. Und sie gehöre in die Hand der Länder. Das Fallpauschalensystem hingegen führe dazu, dass auch bedarfsgerechte Kliniken geschlossen werden, nur weil sie defizitär sind.

Simon plädiert für die Rückkehr zum Selbstkostendeckungsprinzip, das 1972 von der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt eingeführt wurde. Es sah keineswegs eine Selbstbedienung für Krankenhäuser vor, es erstattete nur die Kosten einer wirtschaftlichen Betriebsführung. Profite seien in einem solchen System nicht möglich. Die bisher erzielten Gewinne aus Kliniken mit zu kurzer Personaldecke könnten dann Krankenhäusern zugutekommen, die eine gute Personalbesetzung vorhalten.

Mit der Frage, wie ehemalige Pflegekräfte für den Beruf wiedergewonnen werden können, befasst sich eine Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde. Sie erscheint Anfang Mai und trägt den Titel: **„Wiedergewinnung ausgestiegener Pflegekräfte. Potenzialanalyse zur Berufsrückkehr und Arbeitszeitaufstockung von Pflegefachkräften"**

Foto: DGB/Simone M. Neumann

„Wir sind nicht die Zauderer und Verhinderer“

GEWERKSCHAFTSKONGRESS DGB-Vorstand Stefan Körzell über das neue Selbstbewusstsein

Das Gespräch führte **Andreas Molitor**

Gut zwei Monate vor dem DGB-Bundeskongress hat Russlands Präsident Putin mit seiner Armee die Ukraine überfallen. Wie wird sich der Krieg auf dem Kongress niederschlagen?
Wir alle hoffen, dass bis dahin die Waffen schweigen. Doch selbst dann wird der Krieg auf dem Kongress gegenwärtig sein. Wir werden deutlich machen, dass wir Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischer oder wirtschaftlicher Interessen strikt ablehnen. Doch wir werden auch ein Zeichen der Solidarität setzen – und tun dies auch schon. Etwa mit der Spendenaktion „Gewerkschaften helfen“ oder mit Aktionen von Gewerkschaftern, die Hilfsgütertransporte organisiert haben oder hier ankommenden Menschen aus der Ukraine zur Seite stehen.

Sie sind vor 42 Jahren in die IG Metall eingetreten. Was war Ihre Motivation?
Mein Vater war bis zu einem Unfall Bergmann im osthessischen Kalibergbau – und natürlich Gewerkschaftsmitglied. Die Arbeit unter Tage bestimmte die Themen am Küchentisch. Für mich war es eine klare Sache, dass ich am ersten Tag meiner Ausbildung im Betrieb nachfrage, wo man in die IG Metall eintreten kann. Aber auch die Friedenspolitik, für die Gewerkschaften schon immer eingetreten sind, war mit ausschlaggebend.

Waren Sie selbst aktiv in der Friedensbewegung?
Ja, ich habe an etlichen der großen Demonstrationen teilgenommen. Mein Geburtsort im Osten Hessens, wo ich heute noch wohne, liegt nahe der früheren innerdeutschen Grenze in der Nähe der sogenannten Fulda Gap, das ist die schmalste Stelle der alten Bundesrepublik in Ost-West-Richtung. Bei einer Invasion des Warschauer Pakts wären die sowjetischen Panzer von hier aus am schnellsten am Rhein gewesen. In der NATO gab es ernst zu nehmende Planspiele, sie mit atomaren Kurzstreckenwaffen zu stoppen. Wir wären im Ernstfall ein nukleares Schlachtfeld geworden. Und ich habe auch nicht vergessen, wie viele Kriegsversehrte es in meiner Jugendzeit noch gab. Es gab keine Geburtstagsfeier ohne Menschen, die vom Krieg gezeichnet waren, körperlich und seelisch.

Das Motto des DGB-Bundeskongresses heißt: „Zukunft gestalten wir". Das zeugt von Selbstbewusstsein. Was heißt das im Hinblick auf die sich beschleunigende sozialökologische Transformation?
Wir sind nicht die Zauderer und Verhinderer, wir wollen die Transformation mitgestalten. Schauen Sie sich den Kohlekompromiss an, also den schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle: Er ist das beste Beispiel, wie die Transformation mit den Beschäftigten und Gewerkschaften erfolgreich bewältigt werden kann. Wir sind nicht die Sanitäter, zuständig nur für Sozialplan und Interessenausgleich. Wir reden mit, wenn es um die langfristige Perspektive für Betriebe und ganze Regionen geht. Und zwar früh, bevor eine Region, die gestern noch gut dastand, komplett abschmiert.

STEFAN KÖRZELL
gehört dem geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB seit 2014 an. Er trat 1980 mit 17 Jahren zu Beginn seiner Ausbildung zum Maschinenschlosser in die IG Metall ein. Der heute 59-Jährige ist Mitglied der SPD. Im DGB-Vorstand verantwortet Körzell insbesondere die Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik.

Kongress im Livestream
Der gesamte DGB-Bundeskongress vom 8. bis 12. Mai kann im Livestream verfolgt werden:
bundeskongress.dgb.de/livestream

Hier und da hat man den Eindruck, dass die Gewerkschaftssekretäre dem einen oder anderen Geschäftsführer den Ernst der Lage erst begreiflich machen müssen.
Nicht nur hier und da. Unsere Leute vor Ort berichten uns ständig davon. Es ist tatsächlich so, dass die Gewerkschaften in vielen Fällen die Treiber der Transformation sind – und deutlich weiter denken als die Manager. Betriebsräte und Beschäftigte haben am Gelingen der Transformation ja auch ein anderes Interesse als ein Geschäftsführer, der einen Fünfjahresvertrag hat. Das darf man nicht vergessen.

Beim Mindestlohn hat die gewerkschaftliche Position sich letztlich durchgesetzt. Was lernt man aus der langen Auseinandersetzung?
Wie wichtig ein langer Atem ist. 2006 haben wir den Beschluss für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn gefasst – nach einer intensiven innergewerkschaftlichen Debatte. Neun Jahre später wurde der Mindestlohn Realität. Jetzt sind wir bei zwölf Euro. Aber wir dürfen eins nicht vergessen: So wichtig ein fairer Mindestlohn als unterste Haltelinie ist, unser Ziel sind Tarifverträge. Dafür kämpfen wir in allen Branchen.

Ein zähes Ringen. Immer mehr Unternehmen flüchten aus der Tarifbindung.
Wenn ich die Expertisen der Hans-Böckler-Stiftung lese, die das statistisch belegen, ist das schmerzhaft. Ich beobachte das ja vor meiner Haustür. Meine Heimat hat sich von einer Industrie- zur Logistikregion gewandelt. In der Logistikbranche Betriebsräte zu wählen und Tarifbindung durchzusetzen, ist richtig schwierig, da muss man ständig dranbleiben und Rückschläge verkraften. Trotzdem müssen wir darauf drängen.

Große US-Unternehmen investieren in Deutschland – nach Amazon und Tesla jetzt auch der Chiphersteller Intel. Mit welchem Blick schauen Sie darauf?
Wir sind froh über die Arbeitsplätze. Aber den Investoren muss eines klar sein: Genauso selbstverständlich wie sie staatliche Förderung in Milliardenhöhe in Anspruch nehmen, müssen sie geltende Tarifbedingungen einhalten und die Mitbestimmung respektieren.

Foto: Stephan Pramme

Das FGB-Projektteam Kathrin Biegner, Benjamin Krautschat und Melanie Frerichs (v.l.n.r.)

Nicht nur darüber geredet

ZUKUNFTSDIALOG Vor vier Jahren schickte der DGB-Bundesvorstand ein Projektteam mit dem Auftrag los, mit Menschen im ganzen Land über die Zukunft zu reden. Dabei erlebte es auch die eine oder andere Überraschung.

Von **Fabienne Melzer**

Einfach mal fragen. Klingt banal. Doch Melanie Frerichs vom DGB spürte schon an den ersten Reaktionen, dass das gar nicht so banal ist: „Als Gewerkschaften haben wir ja meist Antworten, und nun zogen wir los und stellten Fragen. Das hat doch einige irritiert, und zwar so sehr, dass sie sich offenbar gedacht haben: ‚Da machen wir mit.'"

Vor vier Jahren startete der DGB den Zukunftsdialog unter dem Motto „Reden wir über … " . Der Bundeskongress hatte den DGB-Bundesvorstand beauftragt, einen gesellschaftlichen Dialog in allen neun DGB-Bezirken anzustoßen. „Das sollte der rote Faden sein, und das war er auch vier Jahre lang", sagt Melanie Frerichs, die mit Kathrin Biegner, Katja Wessel und Benjamin Krautschat das Projektteam bildete. Anfangs bangten alle vier, ob sie die Idee ans Laufen bringen. „Wir konnten ja nicht versprechen, wir setzen das eins zu eins um, und es gab auch keinen Preis zu gewinnen", sagt Kathrin Biegner. Doch nach vier Jahren ist das Team rundum zufrieden. Kathrin Biegner hatte sich zum Ziel gesetzt, ein Ergebnis wie das Bundesarbeitsministerium mit einem ähnlichen Prozess vor sechs Jahren zu erreichen. Rund 5000 Antworten hatte das Ministerium damals erhalten. „Und am Ende haben wir diese Benchmark geknackt", freut sich Kathrin Biegner.

Zwar antworteten die meisten Menschen auf die Frage, wie sie leben und arbeiten wollen, viel Erwartbares. Sie wünschen sich Solidarität und Gerechtigkeit, selbstbestimmte Arbeitszeiten, ein selbstbestimmtes Berufsleben oder selbstbestimmtes Wohnen in jedem Alter. Für Melanie Frerichs ist es dennoch ein bemerkenswer-

> Wir waren in einer Woche als DGB überall präsent, von der Lokalzeitung bis zur bundesweiten Presse."
>
> **BENJAMIN KRAUTSCHAT,** DGB-Projektteam

650 Euro für ein WG-Zimmer sind bei Azubis nicht drin

Wer in München eine Bleibe sucht, braucht vor allem eins: Geld. Auszubildende besitzen davon bekanntlich nicht im Überfluss. Selbst WG-Zimmer kosteten bereits 2019 in der Stadt ab 650 Euro aufwärts. Das können sich auch gut bezahlte Auszubildende nicht leisten. Im öffentlichen Dienst der Gemeinden verdienten sie nach einer Analyse des WSI-Tarifarchivs 1043 Euro brutto im ersten Jahr, im Bankgewerbe 1036 und bei der Deutschen Bahn 1004 Euro. Von Friseurinnen oder Erzieherinnen will Kristofer Herbers, DGB-Jugendsekretär in München, gar nicht erst reden.

Die Untätigkeit in der Stadt nervte ihn schon lange: „Alle Unternehmen beklagen, dass sie keine Auszubildenden finden, aber in München können sich selbst Metall-Azubis keine Wohnung leisten." Deshalb schob der DGB München im Rahmen des DGB-Zukunftsdialogs vor zwei Jahren eine alte Idee neu an: die Einrichtung eines Azubiwerks, das nach dem Vorbild der Studierendenwerke bezahlbaren Wohnraum schafft und sich um die Anliegen junger Menschen kümmert. „Die Idee gab es schon in den 1990er-Jahren", sagt Kristofer Herbers. Damals scheiterte das Vorhaben. Diesmal hatte es Erfolg. Der Stadtrat stimmte fast einstimmig zu und bewilligte in einer ersten Charge 30 Millionen Euro.

Das erste Azubi-Wohnheim mit 118 Appartements ist fertig, das nächste mit 221 im Bau. Insgesamt sollen es 1000 Appartements werden. Einen Teil der monatlichen Kosten übernehmen Arbeitgeber, indem sie Belegrechte kaufen. Azubis kostet das Appartement monatlich 327 Euro.

Doch das Azubiwerk, das von der DGB-Jugend, dem Kreisjugendring und der Stadt getragen wird, will mehr sein als eine Wohnheimverwaltung. Es will die jungen Menschen durch die mehr als 2000 Beratungsstellen in München zur richtigen Adresse lotsen, wenn sie ein Problem haben. Und die jungen Menschen sollen mitbestimmen können. Deshalb wählen sie in jedem Wohnheim einen Hausrat, der jemanden in den Vorstand des Azubiwerks entsendet. „Was wir hier geschafft haben, können auch andere Städte erreichen", sagt Herbers. „Wir beraten gerne jeden, der das Modell nachahmen möchte."

Foto: Kathrin Biegner, DGB

Simone Burger und Kristofer Herbers

Was hat denn Gewerkschaft mit Wohnen zu tun?“

MELANIE FRERICHS,
DGB-Projektteam

tes Ergebnis: „Wir haben diese Debatte in der Öffentlichkeit geführt, auch mit Nichtmitgliedern. Das bedeutet, ein Großteil der Gesellschaft teilt unsere gewerkschaftlichen Positionen.“ Dabei kennen sie viele Positionen oft gar nicht. So konnte der Zukunftsdialog auch überraschen. Als sie zum Thema Wohnen eine bundesweite Aktionswoche machten, hatten manche Fragezeichen in den Augen: „Was hat denn Gewerkschaft mit Wohnen zu tun?“ Sie machten klar, dass Wohnen auch eine Frage des Einkommens ist, dass es mit Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort zusammenhängt, und die Fragezeichen lösten sich auf.

Für die bundesweite Aktionswoche unter dem Motto „Bezahlbar ist die halbe Miete“ hatte das Team ein Wohnzimmer zum Schnellaufbau entwickelt. Auch hier waren sie gespannt, ob die Kolleginnen und Kollegen das Wohnzimmer aufbauen oder doch lieber einen klassischen Stand. Benjamin Krautschat fand es nicht nur toll, wie viele in den DGB-Regionen, Kreis- und Stadtverbänden ihre Materialien nutzten, er freute sich auch über den Erfolg der Aktion: „Wir waren in einer Woche als DGB überall präsent, von der Lokalzeitung bis zur bundesweiten Presse. Das hat uns sichtbar gemacht, und es war ja ein Ziel des Dialogs, dass der DGB und seine Gewerkschaften als politischer Gestalter vor Ort wahrgenommen werden.“

Die Ergebnisse des Zukunftsdialogs gingen nun in konzentrierter Form in den Dachantrag des DGB-Bundeskongresses im Mai ein. „Damit haben wir ein Versprechen eingehalten“, sagt Melanie Frerichs, „das Versprechen, dass die Impulse der Menschen etwas bewirken.“

Kampf gegen Amazon geht in die zweite Runde

Als Gewerkschafterin muss man Niederlagen einstecken können. Nur aufgeben, das wird Edeltraud Nülle, Vorsitzende des DGB-Kreisverbands Lippe, nicht. Zwei Jahre lang kämpfte der DGB-Kreisverband gemeinsam mit einer Bürgerinitiative gegen die Ansiedlung eines Logistikzentrums von Amazon im Industriegebiet Beller Feld. Nun hat die Gemeinde Horn entschieden: Amazon kommt. Edeltraud Nülle ist überzeugt: „Es wäre nicht zum Schaden von Horn gewesen, wenn Amazon woandershin gegangen wäre.“ Aber sie ist auch Verdianerin, und deshalb kämpft sie weiter: nun eben für gute Arbeitsbedingungen bei Amazon im Beller Feld.

Angefangen hatte die Geschichte 2019 mit den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Der DGB-Kreisverband stellte sich im Rahmen des Zukunftsdialogs die Frage: „Wie wollen wir in Zukunft leben und arbeiten in Lippe?“ Sie diskutierten, was sie von der Kommunalpolitik für ihre Region erwarten. „Ein Teil unserer Forderungen ging dann auch in den Koalitionsvertrag ein“, sagt Edeltraud Nülle.

Aus Gewerkschaftssicht gehört zu einer guten regionalen Wirtschaftsentwicklung auch gute Arbeit. Auf diesen Punkt sprach die Initiative „Beller Feld“, die sich schon länger gegen die Ansiedlung von Amazon wehrte, den DGB an: „Amazon kann doch nicht im Sinne eurer Ziele einer guten Wirtschaftsentwicklung sein.“ Von nun an hatten der DGB-Kreisverband und die Bürgerinitiative ein gemeinsames Ziel. Sie setzten sich mit der SPD der Stadt Horn zusammen, doch das Ergebnis war für Edeltraud Nülle ernüchternd: „Ihr Argument war, besser schlechte Arbeitsplätze als keine.“ Die Stadt ist strukturschwach, und viele Menschen leben von Grundsicherung. Amazon will 1000 Arbeitsplätze schaffen, und Horn hofft, dass dadurch viele aus der Grundsicherung herauskommen. Nülle glaubt das nicht: „Wir wissen von anderen Amazon-Zentren, dass sie die Beschäftigten in eigenen Bussen von weit her heranfahren. Und bei den Löhnen werden viele weiter auf staatliche Unterstützung angewiesen sein.“ Die erste Runde ging aus Sicht der Gewerkschaft verloren. Die zweite Runde beginnt erst noch.

Foto: Thomas Range

Edeltraud Nülle im Beller Feld

So wäre es zeitgemäß

RECHT Der DGB geht mit einem eigenen Entwurf für eine moderne Betriebsverfassung an die Öffentlichkeit. Das sind die Vorschläge.

Von **Johanna Wenckebach,** HSI-Direktorin und **Micha Klapp,** Leiterin Abteilung Recht beim DGB-Bundesvorstand

Die letzte große Reform des Betriebsverfassungsgesetzes liegt jetzt 50 Jahre zurück. Seitdem hat sich die Arbeitswelt rasant weiterentwickelt. Doch der aktuelle Koalitionsvertrag enthält zur Mitbestimmung zu wenig für einen großen Wurf. Vage Formulierungen wie die Erklärung, die Ampel werde die Mitbestimmung „weiterentwickeln" auf Basis der Evaluierung des Betriebsrätemodernisierungsgesetzes, reichen für eine demokratische Arbeitswelt angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht aus.

In dieser Arbeitswelt werden Betriebsräte immer wichtiger, die für die Einhaltung von Gesetzen und Tarifverträgen sorgen, die Beschäftigung sichern und die Digitalisierung gestalten. Aber Demokratie im Betrieb ist kein Selbstläufer. Die Zahl der Betriebsräte sinkt, und manche Arbeitgeber bekämpfen Betriebsratsgründungen und Mitbestimmung.

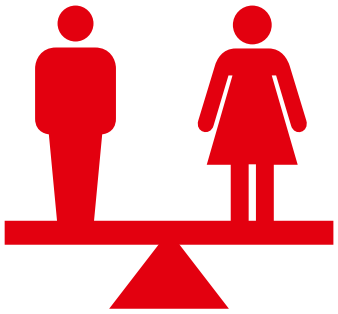
Ein modernes Betriebsverfassungsgesetz ist deshalb überfällig. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben einen Gesetzentwurf für eine zeitgemäße Betriebsverfassung ausgearbeitet, die es Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen erlaubt, die strategische Ausrichtung der Unternehmen in Zeiten der digitalen Transformation und des ökologischen Umbaus mitzugestalten. Was enthält der DGB-Gesetzentwurf, kurz DGB-GE?

Umwelt- und Klimaschutz

Klimaschutz wird zur Überlebensfrage, auf die auch Betriebe eine Antwort finden müssen. Das Wissen der Beschäftigten in Fragen von Umweltschutz und Nachhaltigkeit darf nicht ignoriert werden. Ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht für Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz soll dieses Wissen nutzen. Zum Beispiel könnte der Betriebsrat bei der Wahl zwischen einer umweltfreundlichen und einer umweltbelastenden Produktion mitentscheiden (§ 87 Abs. 1 Nr. 15 DGB-GE). In größeren Betrieben, ab 100 Beschäftigten, soll ein Umweltausschuss gegründet werden (§ 28 Abs. 3 DGB-GE).

Gleichstellung der Geschlechter

Zur Gleichstellung der Geschlechter sieht der Gesetzentwurf u.a. ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats zur Herstellung von Entgeltgerechtigkeit vor (§ 87 Abs. 1 Nr. 10a DGB-GE). Auch sollen Gleichstellungsausschüsse in Betrieben gebildet werden können, und der Arbeitgeber soll regelmäßig über den Stand der Gleichstellung berichten (§ 28 Abs. 2; § 43 Abs. 2 DGB-GE).



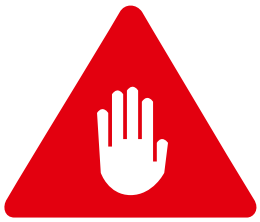
Beschäftigungssicherung und Personalplanung in der Transformation

Das Vorschlags- und Beratungsrecht zur Beschäftigungssicherung soll nach den Vorschlägen des DGB zum Mitbestimmungsrecht ausgebaut werden. Somit kann auch hier die Einigungsstelle verbindlich entscheiden (§ 92a Abs. 2 DGB-GE).

Von der Personalplanung hängt für Beschäftigte eine Menge ab. Gute Personalplanung schützt vor Entgrenzung und Überlastung, sie sichert Beschäftigung und fördert Gleichstellung. Daher soll die Personalplanung in Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten der Mitbestimmung des Betriebsrats unterliegen (§ 92 Abs. 1 DGB-GE). Wenn es um Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichstellung von Frauen und migrantischen Beschäftigten oder die Eingliederung Schwerbehinderter geht, gilt das auch in kleineren Unternehmen (§ 92 Abs. 3 DGB-GE).

Bei der Berufsbildung gibt es schon heute ein Initiativrecht der Betriebsräte. Bei Meinungsverschiedenheiten darf zwar eine Einigungsstelle eingeschaltet werden, allerdings ohne Einigungszwang. Daher sieht der Gesetzentwurf des DGB ein generelles Initiativ- und Mitbestimmungsrecht bei der Ein- und Durchführung von betrieblichen Weiterbildungsangeboten vor, das auch über eine Einigungsstelle erzwingbar sein soll (§ 97 Abs. 2 DGB-GE).

Die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten bei Betriebsänderungen wird gestärkt (§§ 111, 112 DGB-GE). Ein Interessenausgleich soll u.a. erzwingbar werden.



Schutz der Persönlichkeitsrechte

Auch technischen Entwicklungen trägt der Reformvorschlag Rechnung, um Lücken im Schutz von Persönlichkeitsrechten zu schließen: Digitale Technik wie künstliche Intelligenz muss mitbestimmt sein, insbesondere um den Schutz von Beschäftigtendaten zu gewährleisten. Nach den Vorstellungen des DGB soll der Betriebsrat bei Maßnahmen hierfür initiativ werden können und mitbestimmen (§ 87 Abs. 1 Nr. 6a und 6b DGB-GE).

Die Mitglieder der Projektgruppe, die seit Dezember 2020 an dem Entwurf gearbeitet haben, sind:

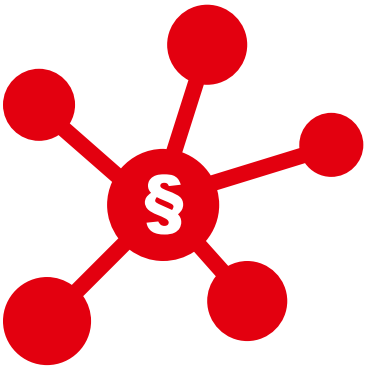
THOMAS KLEBE (Leiter der Projektgruppe und langjähriger Justiziar der IG Metall), **ANTONIUS ALLGAIER** (IG BAU), **ISABEL EDER** (IG BCE), **JOHANNA WENCKEBACH** (Leiterin des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeitsrecht), **KERSTIN JERCHEL** (Verdi), **MICHA HEILMANN** (langjähriger Justiziar NGG), **MICHA KLAPP** (Leiterin der Abteilung Recht beim DGB-Bundesvorstand), **MICHAEL BOLTE** (beim DGB-Bundesvorstand zuständig für betriebliche Mitbestimmung und die offensive Mitbestimmung), **OLAF DEINERT** (Professor für Arbeitsrecht in Göttingen), **RUDOLF BUSCHMANN** (Gewerkschaftliches Centrum für Revision und Europäisches Recht der DGB Rechtsschutz GmbH), **VERENA ZU DOHNA** (IG Metall), **WOLFGANG DÄUBLER** (emeritierter Professor für Arbeitsrecht).

Grenzüberschreitende Mitbestimmung

Grenzüberschreitende Strukturen der Beschäftigung verbreiten sich zunehmend. Das Betriebsverfassungsgesetz ist dagegen weiterhin an nationalstaatliche Grenzen gebunden. Schon heute ist es möglich, durch Tarifverträge Gremien zu bilden, die unter Umständen besonderen Unternehmensstrukturen angepasst sind. Diese Möglichkeit soll gestärkt werden (§ 3 DGB-GE).

Zudem soll eine internationale Vernetzung der Betriebsratsgremien ermöglicht werden, indem festgelegt wird, dass der Arbeitgeber auch diese Kosten tragen muss. Der Wirtschaftsausschuss soll auch für Unternehmensbeschäftigte im Ausland geöffnet werden (§ 3a, § 40, § 107 Abs. 1 DGB-GE).

Bei einer ausländischen Konzernspitze wird die Mitbestimmung auf Konzernebene sichergestellt, wenn keine inländische Teilkonzernspitze besteht (§ 54 DGB-GE).



Reichweite des Gesetzes

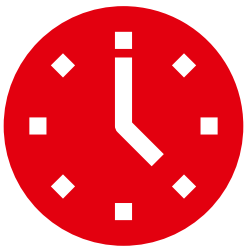
Die Reichweite der Betriebsverfassung wird durch die gesetzliche Definition des Arbeitnehmer- und Betriebsbegriffes festgelegt. Sie ist nicht mehr zeitgemäß und soll daher erweitert werden. Sie muss betriebliche Realitäten erfassen, in denen Leiharbeit, Werkverträge, arbeitnehmerähnliche Personen sowie Plattformarbeit durch Strukturen verknüpft werden, die nicht mehr durch einen gemeinsamen Arbeitsort definiert werden, sondern durch wirtschaftliche Entscheidungen des Arbeitgebers (§§ 1, 5 DGB-GE).

Den sogenannten Tendenzschutz und die Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften soll es in der bisherigen Form nicht mehr geben (§ 118 DGB-GE). Tendenzbetriebe sollen nicht länger ausgenommen werden. Das Gesetz soll damit auch auf Religionsgemeinschaften Anwendung finden, jedoch ohne Mitbestimmungsrechte im Zusammenhang mit verkündungsnahen Tätigkeiten.

Den Entwurf im Wortlaut gibt es unter **www.hugo-sinzheimer-institut.de** (dort nach „Gesetzentwurf" suchen).

Demokratiezeit und Beschäftigtenrechte

Beschäftigte brauchen Zeit für Demokratie und Beteiligung. Eine Stunde pro Woche sollen sie von der Arbeit freigestellt werden, um ihre Beteiligungsrechte wahrnehmen zu können (§ 81 Abs. 5 DGB-GE). Zudem wird die Meinungsfreiheit der Beschäftigten gestärkt, indem klargestellt wird, dass sie auch außerhalb des Betriebs zu betrieblichen Fragen Stellung nehmen dürfen (§ 82a DGB-GE), und ihr Beschwerderecht gestärkt.



Zu jedem Personalgespräch soll ein Betriebsrat hinzugezogen werden können. Das schützt, wenn z.B. ein Aufhebungsvertrag vorgelegt wird.

Stärkung der Betriebsratsarbeit, Erleichterung von Gründungen

Der Koalitionsvertrag der Ampel sieht vor, dass die Behinderung von Betriebsratswahlen und Behinderung von Betriebsarbeit über eine Einstufung als Offizialdelikt nachhaltiger unterbunden werden soll. Auch der Gesetzentwurf des DGB sieht eine entsprechende Formulierung vor (§ 119 DGB-GE).

Ebenso wird beim Kündigungsschutz nachgefasst. Ein häufiges Problem ist der Ausspruch fristloser Kündigungen von Beschäftigten, die Wahlen initiieren, und die der Arbeitgeber unter einem Vorwand ausspricht, wenn er die Betriebsratswahl verhindern will. Hier ist vorgesehen, dass in solchen Fällen eine Bestätigung durch das Arbeitsgericht erforderlich ist.

Auch befristet Beschäftigte und arbeitnehmerähnliche Personen sollen besser geschützt werden, um der häufig bestehenden Angst entgegenzuwirken, im Betriebsrat aktiv zu sein. Außerdem soll der Schutz von Mandatsträgern auf Beschäftigte im dualen Studium ausgedehnt werden.

Betriebsräte sollen zudem leichter gegründet werden können. Dazu sind in betriebsratslosen Betrieben einmal im Jahr Versammlungen vorgesehen, in denen über die Möglichkeit einer Betriebsratswahl informiert wird. Dazu können (sofern vorhanden) Gesamt- oder Konzernbetriebsrat einladen oder auch eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft. Wenn sie es nicht tun, muss der Arbeitgeber diese Versammlungen abhalten und die Gewerkschaft dazu einladen (§ 17 DGB-GE).

Daneben sind Regelungen zur einfacheren Bestellung des Wahlvorstandes durch die im Betrieb vertretene Gewerkschaft vorgesehen. Der Wahlvorstand kann gegebenenfalls auch nur aus den Mitgliedern der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft bestehen.

Mitbestimmte Vereinbarungen müssen eingehalten werden. Deshalb sieht der Entwurf Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche gegen Arbeitgeber vor, die Absprachen zuwiderhandeln (§ 74 DGB-GE).

Ein digitales gewerkschaftliches Zugangsrecht wird explizit geregelt (§ 2 DGB-GE).

Mit dem konkreten Vorschlag liegt der Ball für die im Koalitionsvertrag vorgesehene „Weiterentwicklung" der betrieblichen Mitbestimmung nun im Feld der Politik.

UKRAINE

Hinsehen, auch wenn es unbequem ist

Direkt aus seiner Wohnung im westukrainischen Lwiw war der Schriftsteller und Germanist Jurko Prochasko zugeschaltet, um vor 120 Böckler-Stipendiaten über den Angriffskrieg gegen sein Land zu sprechen. Prochasko gilt als ein wichtiger kultureller Vermittler zwischen der Ukraine und Deutschland.

Der Angriff sei keine Überraschung, sagte der Schriftsteller, vielmehr habe er ihn seit Jahren erwartet. Sein Land sei mit einem „totalen Vernichtungskrieg" konfrontiert, wie er beispielsweise in Grosny oder Aleppo geführt werde. Der Widerstand dagegen sei enorm: „Ich kenne niemanden, der sich nicht irgendwie nützlich macht." Putins Herrschaftssystem charakterisiert er als „chauvinistischen Imperialismus".

In dem Onlinetalk zu den Hintergründen des Kriegs in der Ukraine, der von der Abteilung Studienförderung organisiert wurde, sprachen neben Prochasko auch Felix Ackermann, Alumnus der Hans-Böckler-Stiftung und jetzt am Deutschen Historischen Institut Warschau („Wir haben bei früheren Kriegen nicht hinsehen wollen, weil es unbequem war"), sowie Peer Teschendorf, der die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in der Russischen Föderation leitet, und Nelly Saibel. Die Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung studierte bis Anfang März in Russland und ist inzwischen wieder ausgereist.

Foto: Valentin Kusan

Kulturvermittler: Jurko Prochasko

Sowohl Teschendorf als auch Saibel berichteten von den Repressionen in Russland. Es wurde deutlich, dass die FES im Grunde nicht mehr arbeitsfähig ist und Teschendorf keine Interviews mehr gibt (bleiben will er trotzdem, solange man ihn lässt). Saibel berichtete: Um in Russland Politik zu studieren, musste man sich verpflichten, auf politische Aktivitäten oder die Teilnahme an Demonstrationen zu verzichten.

Jurko Prochasko richtete eine unmissverständliche Botschaft an alle : „Wir sind Putins eigentliches Ziel und zugleich WIR ein Stellvertreter-Ziel. Mit uns macht er das, was er mit euch gerne machen würde." Nach dem Nutzen von Waffenlieferungen gefragt, sagte er: „Was wollt ihr denn sonst tun? Waffen sind das Einzige, was uns noch helfen kann."

Von **Kay Meiners**

DOKUMENTARFOTOGRAFIE

Bilder aus dem Homeoffice

Die Situationen, die Werner Bachmeier seit anderthalb Jahren fotografiert, kennen seit Corona alle: Barfuß sitzt eine Frau am Schreibtisch vor dem Notebook. Gut möglich, dass im Nebenzimmer Kinder spielen oder auf dem Herd das Mittagessen brutzelt. Bachmeier hält systematisch das fest, was Alltag ist, aber kaum jemandem eine systematische Dokumentation wert ist.

Eine Auswahl von zehn Fotos aus seiner Arbeit „Homeoffice" – einige Fotos aus der Serie waren in Ausgabe 4/2021 unseres Magazins zu sehen – wurde jetzt mit dem ersten Preis für die Kategorie Serie beim Fotowettbewerb „Pressefoto Bayern 2021" des Bayerischen Journalistenverbandes (BJV) ausgezeichnet.

In „Homeoffice" deckt Bachmeier, der seit vielen Jahren für die Mitbestimmung fotografiert, ganz ohne Worte soziale Unterschiede auf, zeigt eine am Arbeitsplatz sonst nicht gesehene Privatheit und Improvisation. Bachmeier will das Projekt bundesweit fortsetzen. Längst haben viele Gefallen gefunden an dem, was aus der Not geboren wurde. Ein dramatischer Umbruch deutet sich an, bei dem Arbeits- und Heimstätte wieder häufiger eins sind.

Von **Kay Meiners**

www.wernerbachmeier.de

Foto: Werner Bachmeier

„Homeoffice" (2021)

FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Christina Schildmann leitet Abteilung

Foto: Stephan Pramme

Für viele ist es ein Wiedersehen: Seit Mitte März leitet die Politikwissenschaftlerin Christina Schildmann die Abteilung Forschungsförderung in der Stiftung.

Schildmann kennt die Abteilung gut – sie war von 2015 bis 2018 Leiterin des wissenschaftlichen Sekretariats der Kommission „Arbeit der Zukunft“ und anschließend Leiterin der Forschungsstelle „Arbeit der Zukunft“.

Von 2007 bis 2009 war Schildmann Redenschreiberin des Parteivorsitzenden und Grundsatzreferentin im SPD-Parteivorstand, von 2010 bis 2015 war sie in der Friedrich-Ebert-Stiftung zuständig für Geschlechterforschung und Familienpolitik. Zuletzt arbeitete sie erneut für die SPD – als Leiterin der Abteilung Politik und Internationales im Willy-Brandt-Haus. Sie gilt als Expertin für Transformations-Themen.

STABSSTELLE

Christian Hoßbach wechselt zur Stiftung

Foto: DGB Berlin-Brandenburg/Lilli Zylka

Bis Anfang des Jahres war er Vorsitzender des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg – jetzt ist Christan Hoßbach auf eine neu geschaffene Stabsstelle mit dem Namen „Hub Transformation gestalten“ gewechselt, die Anfang April ihre Arbeit aufgenommen hat. Für sein neues Tätigkeitsfeld wurde das englische Wort „Hub“ gewählt, das in der Logistik einen zentralen Umschlagplatz bezeichnet. Damit soll ausgedrückt werden, dass Wissen zu Transformationsthemen betriebsnah den Weg in die Praxis finden soll. Gedacht ist daran, Schwerpunkte in bestimmten Branchen oder Regionen zu setzen. Der IG-Metaller und erfahrene Industriepolitiker, geboren 1963 in Berlin, war seit 2018 Bezirksvorsitzender des DGB und davor acht Jahre lang Stellvertreter der Vorsitzenden Doro Zinke.

PERSONALIA

Jura-Professor

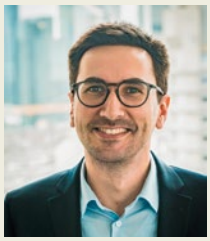


Foto: Bianka Huber

Daniel Hlava, bisher Referatsleiter am Hugo Sinzheimer Institut für Arbeitsrecht (HSI) der Hans-Böckler-Stiftung, ist einem Ruf der Frankfurt University of Applied Sciences gefolgt und hat dort die Professur für Gesundheits- und Sozialrecht übernommen. Hlavas Nachfolger ist Ernesto Klengel, der bereits als Referent beim Hugo Sinzheimer Institut tätig war.

Neue Referentin

Foto: Anke Dörschlen

Jenny Demircioglu ist Referentin im Referat I Bewerbung der Studienförderung. Sie ist insbesondere mit Aufgaben rund um die Böckler-Aktion Bildung, Hochschule und zweiter Bildungsweg sowie Stipendien für künstlerische Studiengänge betraut. Zuvor war sie am Institut für Psychologie der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn in der Abteilung Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie in Lehre und Forschung tätig.

Helfer in der Not

Foto: privat

Lutz Drieling, Böckler-Stipendiat, studiert im rumänischen Bukarest – und hat zusammen mit Kommilitonen und seiner Professorin, die unter anderem öffentliche Kommunikation und Risikomanagement im internationalen Umfeld lehrt, eine Website aufgebaut, die Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine leistet – gleich welcher Staatsangehörigkeit. Die Seite uni4ukraine.unibuc.ro bietet Informationen in acht Sprachen – für Drieling eine „sehr praktische, lebensnahe Übung.“

Thema: Energie

STIFTUNG Welche Folgen haben die hohen Energiepreise für die Gesamtwirtschaft? Wie bringt man Energiesicherheit und Energiewende zusammen? Wie verteilt man die Chancen und Kosten der Transformation gerecht? Überall in der Stiftung wird an diesen Fragen gearbeitet.

Von **Kay Meiners**

1

SEBASTIAN DULLIEN ist als Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) erster Ansprechpartner auch für die Medien, wenn es um gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und Energiefragen geht.

2

SILKE TOBER ist die Inflationsexpertin am IMK und hat die Energiepreise im Blick. Der IMK-Inflationsmonitor berechnet auch haushaltsspezifische Teuerungsraten.

3

SABRINA HELLFEIER bearbeitet in der Forschungsförderung ebenfalls Projekte, die aktuelle Fragen zu Strukturwandel und Mitbestimmung untersuchen.

4

SASKIA FREYE leitet den Bereich „Mitbestimmung und Strukturwandel“ in der Forschungsförderung. Dort nimmt der Forschungsverbund „Sozial-ökologische Transformation“ in diesem Jahr seine Arbeit auf.

5

CHRISTIAN HOSSBACH leitet das „Hub Transformation gestalten“, eine Stabsstelle, die Unternehmen direkt bei der sozial-ökologischen Transformation unterstützen soll.

6

JOHANNA WENCKEBACH hat als Direktorin des Hugo Sinzheimer Instituts (HSI) unter anderem an einem Entwurf für eine moderne Betriebsverfassung mitgearbeitet, die Betriebsräten mehr Rechte beim Umwelt- und Klimaschutz einräumt.

Fotos: Peter Himsel (01); Matter Images (02); privat (03); Karsten Schöne (04), Lilli Zylka (05); Hans-Böckler-Stiftung (06); Anke Dörschlen (07); Stephan Pramme (08, 09, 10); Ulrich Baatz (11)

7

8

Die Abteilung Studienförderung wird im akademischen Jahr 2022/23 das Schwerpunktthema Energie wählen und dazu eigene Seminare im In- und Ausland veranstalten. Stellvertretend für alle nennen wir (v.l.u. im Uhrzeigersinn) **NICOLA FUNK, IRMGARD KUCHARZEWSKI, NINA MIRZA** und **ALEXANDER KEJO**.

9

10

11

ERNESTO KLENGEL befasst sich im HSI auch mit Transformationsthemen – wie der rechtlichen Regulierung von Lieferketten.

Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnitthaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Beschäftigte vor, die an einem Querschnittsthema arbeiten.

DURCHBLICK

Streit ums Embargo

In Folge 96 des Podcasts „Systemrelevant" erklärt IMK-Direktor Sebastian Dullien die Grenzen ökonomischer Modelle und damit verbundene Risiken bei der Entscheidung über ein Energieembargo gegenüber Russland. Die Meinungen über Machbarkeit und Wirksamkeit gehen weit auseinander. Welche Effekte ein Ausbleiben russischer Öl- und Gaslieferungen haben könnte, und ob ökonomische Modelle in dieser Frage eine verlässliche Orientierung bieten, wird erörtert.
www.boeckler.de/de/podcasts-22421.htm

Branchenanalysen

Der Übergang von fossilen Energieträgern sowie der Kernenergie zu erneuerbaren Energien ist eine der großen Modernisierungsaufgaben. Die Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht zu vielen Branchen, die direkt von der Energiewende betroffen sind, regelmäßig Analysen. Dazu zählen die Mineralöl- und Chemieindustrie (2019), die Stahl- (2020) und die Aluminiumindustrie (2021).
www.boeckler.de/de/branchenanalysen-2772.htm

Neuer Inflationsmonitor

Der Krieg in der Ukraine hat die Energiepreise weiter emporschnellen lassen. Bereits im Februar erhöhte sich die Teuerungsrate auf 5,1 Prozent, wobei 2,3 Prozentpunkte den Preisen für Haushaltsenergie sowie für Kraftstoffe geschuldet sind. Der Inflationsmonitor des IMK zeigt: Besonders betroffen sind Haushalte mit geringen Einkommen.
www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008275

Die Amtsleiterin

SUSANNE HEYNEN leitet das Jugendamt Stuttgart. Ihre berufliche Laufbahn würde die Diplom-Psychologin gern im Ausland beenden.

Von **Stefan Scheytt** – Foto **Karsten Schöne**

Bei einem Finanzvolumen von 700 Millionen Euro und 4400 Mitarbeitern könnte man sagen, dass Susanne Heynen ein mittelständisches Unternehmen führt. Dessen Hauptsitz in der Stuttgarter Innenstadt ist freilich ein unscheinbares Bürogebäude, in das die Chefin täglich mit dem Fahrrad kommt.

Jugendamtsleiterin Susanne Heynen ist eine Frau mit kurzen, grauen Haaren, sanfter Stimme und einer unaufgeregten Art. Fragt man sie nach ihrem Führungsstil, antwortet sie: „Ich erörtere die Dinge gerne und lege Wert auf offene Kommunikation ohne hierarchische Rücksichten." Aber sie sagt auch: „Es ist nicht nur kuschelig mit mir. Wir haben eine große Verantwortung den Menschen gegenüber, und dazu gehört, dass die Kollegen ihre Arbeitsleistung erbringen." Das tun sie in fast 250 Einrichtungen von der Kita bis zur Wohngruppe, von der Schwangerenberatung bis zur Wohnanlage für Alleinerziehende.

Gerade hat Susanne Heynen das 100-jährige Bestehen des Stuttgarter Jugendamts, das sie seit 2016 leitet, mit einer Online-Ausstellung gefeiert. Aber natürlich geht ihr Blick vor allem in die Zukunft: Immer neue Gesetze begründen Ansprüche und Erwartungen von Bürgern an die Jugendhilfe. „Darüber freut man sich natürlich – einerseits", sagt Heynen. „Aber diese Erwartungen stehen im Missverhältnis zu dem, was umsetzbar ist." Größtes Problem sei der wachsende ungedeckte Fachkräftebedarf, der schon jetzt Lücken in die Arbeit reißt. „Aber wir können nicht wie eine Fabrik sagen: ‚Sorry, die Lieferkette ist unterbrochen, wir liefern später.' Die Menschen haben den Rechtsanspruch und den Hilfsbedarf jetzt."

Entmutigen lässt sie sich nicht. „Noch fällt uns ja immer etwas ein, das wir tun können", sagt sie und verweist auf viele Aktionen – von neuartiger Öffentlichkeitsarbeit über verstärktes Personalmarketing, Wohnungen für Erzieherinnen und Stipendien für Auszubildende bis zur Fachkräfteanwerbung im Ausland.

Foto: privat

Susanne Heynen

Unterhält man sich länger mit ihr, gewinnt man den Eindruck einer entspannten und gleichwohl wuselig-arbeitsamen Frau. Aufgewachsen in Hamburg und Bochum, absolvierte sie eine Ausbildung als Ergotherapeutin, arbeitete einige Monate in einem Rehazentrum in Ecuador, studierte Psychologie in Freiburg, machte autonomes Radio, saß im Chile-Komitee und ließ sich – ohne jeglichen gewerkschaftlichen Hintergrund in der Familie – zur Betriebsrätin in einer Frühförderstelle wählen.

Ihre Promotion über „Bewältigungsprozesse nach einer Vergewaltigung" hätte sie ohne die Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung wohl nicht geschafft, vermutet Susanne Heynen heute. Dabei bekam sie nicht mal Geld, aber sie nutzte die Seminar- und Werkstattangebote der Stiftung und die sich daraus ergebenden Kontakte voll aus. Bis heute hat sie regelmäßigen Kontakt zu einigen der Wissenschaftlerinnen, die mit ihr damals den Doktortitel anpeilten. Nach ihrer Promotion arbeitete sie 22 Jahre im Jugendamt Karlsruhe, wo ihr Mann bis heute als Sozialarbeiter tätig ist, bevor sie vor sechs Jahren als Amtschefin nach Stuttgart wechselte.

Inzwischen 61, ist das Ende ihrer Laufbahn nicht mehr allzu fern, aber unvorstellbar sei ihr die Perspektive, einmal gar nicht mehr zu arbeiten. Geblieben ist der Wunsch, der sie schon als junge Frau umtrieb: im Ausland zu arbeiten. „Nicht als Ergotherapeutin, wie ich damals dachte. Inzwischen weiß ich ja, wie man eine große Organisation leitet und weiterentwickelt." Sie hat schon mal ein Fernstudium in nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit begonnen. „Es fehlt einfach noch etwas, um das berufliche Leben abzurunden", sagt Susanne Heynen. Und so viel ist sicher: Ihr Mann würde mitgehen.

Susanne Heynens Blick geht vor allem in die Zukunft

„Kunst, die etwas will“

Das Programm der diesjährigen Ruhrfestspiele, die vom 1. Mai bis zum 12. Juni in Recklinghausen stattfinden, steht in diesem Jahr unter dem Motto „Haltung und Hoffnung“ – ein Leitspruch, der durch den Krieg in der Ukraine eine beklemmende Aktualität bekommen hat. „Ich freue mich, dass die Ruhrfestspiele nach zwei Jahren endlich wieder ein Ort der direkten, persönlichen Begegnung sein werden“, sagte Festspielchef Olaf Kröck. Dafür habe man „ein vielfältiges, internationales Programm zusammengestellt, das in seinen künstlerischen Haltungen noch entschiedener geworden ist. Es ist Kunst, die etwas will.“

Geplant sind 92 Produktionen mit rund 220 Veranstaltungen, darunter eine Weltpremiere, sieben Deutschlandpremieren und zwei Eigenproduktionen. Beteiligt sind mehr als 650 Künstlerinnen und Künstler aus 20 Ländern. Auf dem Programm stehen internationales Schauspiel, Kinder-, Jugend- und Tanztheater, Lesungen, Musik sowie Produktionen des Neuen Zirkus. Der Kartenvorverkauf hat bereits begonnen.

Das vollständige Programm finden Sie unter **ruhrfestspiele.de/programm**

DGB-Kongress im Livestream

Unter dem Motto „Zukunft gestalten wir“ findet vom 8. bis 12. Mai der 22. Ordentliche DGB-Bundeskongress in Berlin statt. Yasmin Fahimi, die frühere SPD-Generalsekretärin, soll hier als Nachfolgerin von Reiner Hoffmann zur DGB-Vorsitzenden gewählt werden. Das detaillierte Programm ist in Kürze zu finden unter **bundeskongress.dgb.de.** Der gesamte Kongress kann im Livestream verfolgt werden: **bundeskongress.dgb.de/livestream**

Gewerkschaftsrechte heute

Das Hugo Sinzheimer Institut für Arbeitsrecht (HSI) der Hans-Böckler-Stiftung feiert seinen zehnten Geburtstag – pandemiebedingt mit zwei Jahren Verspätung. Aus Anlass des Jubiläums lädt das HSI zu einem Kongress, auf dem vor dem Hintergrund einer Arbeitswelt im Wandel Themen wie Tarifautonomie, Arbeitskampf und Gewerkschaftsrechte im Betrieb diskutiert werden.

Am 23. und 24. Juni in Berlin
Ernesto Klengel, HSI
Telefon: 0211/77 78-663
ernesto-klengel@boeckler.de

DGB-Filmpreis

Seit 1998 wird für in besonderer Weise gesellschaftlich engagierte Spiel- oder Dokumentarfilme der mit 7000 Euro dotierte DGB-Filmpreis vergeben. Wettbewerb und Preisverleihung finden in diesem Jahr im Rahmen des 32. Internationalen Filmfests Emden-Norderney statt.

Vom 8. bis 15. Juni in Emden/Norderney
filmfest-emden.de

Macht und Transformation

Der von den Soziologen Stefan Schmalz und Klaus Dörre entwickelte Machtressourcenansatz steht im Zentrum einer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ausgerichteten Konferenz in Jena. Diskutiert werden unter anderem wissenschaftliche Ansätze zur Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht.

Am 29. und 30. April in Jena
Info und Anmeldung:
https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/9K851

Marx-Ausstellung

Die Ausstellung „Karl Marx und der Kapitalismus“ im Deutschen Historischen Museum in Berlin präsentiert und problematisiert das Werk und Wirken von Karl Marx. Im Mittelpunkt stehen Themen wie Religions- und Gesellschaftskritik, Revolution, Ökonomie sowie Kämpfe und Bewegungen in Europa.

Bis 21. August in Berlin
Deutsches Historisches Museum
https://www.dhm.de/ausstellungen/karl-marx-und-der-kapitalismus/#/

ZUR SACHE DARÜBER SOLLTEN WIR REDEN

Foto: Franziska Schäfer

Ein wichtiger Schritt zu einem sozialeren digitalen Europa“

AMELIE SUTTERER-KIPPING über das Reformpaket der EU-Kommission zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Soloselbstständigen

Die Zahl der Plattformbeschäftigten hat in den letzten Jahrzehnten drastisch zugenommen. Die EU geht davon aus, dass von den schätzungsweise 28 Millionen Menschen, die über digitale Arbeitsplattformen arbeiten, bis zu 5,5 Millionen Scheinselbstständige sein könnten. Das bedeutet, dass sie in ihren jeweiligen Verträgen zwar als Selbstständige bezeichnet werden, in Wirklichkeit aber abhängig beschäftigt sind, weil sie der Kontrolle und Weisung der Arbeitsplattform unterliegen.

Dennoch werden sie nicht als abhängig Beschäftigte anerkannt.Das hat für die Betroffenen gravierende Folgen. Denn der Arbeitnehmerstatus ist die Eintrittskarte zum Schutzbereich des Arbeits- und Sozialrechts. Wer selbstständig ist, hat keinen Anspruch auf Urlaubsentgelt, gesetzlichen Mindestlohn, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und ist – abgesehen von einigen Ausnahmen – auch nicht sozialversicherungspflichtig. Der Gesetzgeber vertraut auf autonome Vorsorge. Doch das können sich nur Selbstständige mit einem entsprechenden Umsatz leisten. Für Selbstständigkeit, die sich nicht rechnet, muss am Ende die Solidargemeinschaft der Versicherten aufkommen.

Die Kommission der Europäischen Union (EU) hat nun Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten gemacht. Der Richtlinienvorschlag enthält eine Liste von Kriterien, mit deren Hilfe festgestellt werden kann, ob es sich bei der Plattform um einen Arbeitgeber handelt. Erfüllt die Plattform mindestens zwei der Kriterien, wird das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses vermutet. Dann ist es Aufgabe des Arbeitgebers, das Gegenteil zu belegen.

Fehlende Verhandlungsmacht

Die Maßnahmen der EU bekämpfen aber nicht nur Scheinselbstständigkeit in der Plattformwirtschaft, sie sind Teil eines weitreichenderen Reformpakets, das auch neue Leitlinien zur Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf Tarifverträge von Soloselbstständigen im Dienstleistungssektor enthält. Auch außerhalb der Plattformwirtschaft gelingt es vielen Soloselbstständigen nicht, ihre Arbeitsbedingungen zu beeinflussen. Ihnen fehlt die Verhandlungsmacht.

Tarifverträge von Selbstständigen stehen allerdings in einem Spannungsverhältnis zum EU-Wettbewerbsrecht. Selbstständige, auch wenn sie wirtschaftlich abhängig sind, gelten nach dem Wettbewerbsrecht der EU grundsätzlich als Unternehmer. Führen Selbstständige Tarifverhandlungen, laufen sie Gefahr, gegen das europäische Kartellverbot des Artikels 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu verstoßen.

Der Leitlinienentwurf soll nun für Rechtssicherheit sorgen. Nach den Plänen der Kommission sollen Soloselbstständige, die sich in einer vergleichbaren Situation wie abhängig Beschäftigte befinden, künftig nicht mehr unter das Kartellverbot fallen. Schließlich will die Kommission auch nicht mehr gegen Kollektivverträge vorgehen, wenn diese lediglich eine ungleiche Verhandlungsposition der Soloselbstständigen gegenüber den Gegenparteien korrigieren und aufgrund ihrer Art und ihres Gegenstands allein dem Zweck dienen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Das Paket ist ein wichtiger Schritt für ein sozialeres digitales Europa und bessere Plattformarbeit. Doch bleibt der Sozialschutz für Selbstständige weiterhin lückenhaft. Dies gilt insbesondere für den Zugang zur Arbeitslosenversicherung. Hier und an vielen weiteren Stellen der sozialen Sicherung muss die EU nachbessern.

AMELIE SUTTERER-KIPPING ist Wissenschaftliche Referentin am Hugo Sinzheimer Institut der Hans-Böckler-Stiftung

Was keiner sehen soll

LIEFERKETTEN Die Reportagen von Jan Stremmel zeigen die Schmuddelecken der Globalisierung. Seine Recherchen führen zu unregulierten Jobs, in denen es keinerlei Schutz gibt.

In Kenia ordnet eine Rosenfarm Überstunden an, weil in Deutschland bald Valentinstag ist. In Kalkutta färben Arbeiter ohne jede Schutzkleidung Unterhosen für europäische Discounter. Es sind diese Zusammenhänge zwischen unserem bequemen Leben in Europa und der harten Realität in Entwicklungsländern, die Jan Stremmel in zehn Reportagen schildert. Der Journalist, der unter anderen für die „Süddeutsche Zeitung am Wochenende" arbeitet, hat dafür von Günter Walraff, dem deutschen Urgestein der Investigativrecherche, viel Lob bekommen.

Fünf Jahre war Stremmel in mehr als 40 Ländern unterwegs, manchmal fernab touristischer Hotspots, manchmal in deren unmittelbarer Nähe, wie auf den Kapverden. Der westafrikanische Inselstaat hat sich zu einem beliebten Urlaubsziel gemausert. Zum Aufbau der touristischen Infrastruktur wurde viel Beton verbaut, ein Werkstoff, der zu etwa drei Vierteln aus Sand und Kies besteht. Da sich der globale Sandpreis in den letzten beiden Jahrzehnten versechsfacht hat, entwickelte sich der illegale Abbau zu einem lukrativen Geschäftsfeld.

Einen Tag lang begleitet der Autor Dita, eine alleinerziehende Mutter, die als „Sandräuberin" arbeitet, um ihre fünf Kinder durchzubringen – mit Schaufeln, bloßen Händen und Eimern in einer gefährlichen Brandung. Ihre Arbeit sichert das Überleben – und ist zugleich ein Raubbau an der Natur. Während die Gäste aus Europa auf der einen Insel in schicken Neubauten ihren Strandurlaub genießen schaufeln die Sandräuber auf der Nachbarinsel ganze Strände weg, bis nur noch der nackte Felsen übrig bleibt.

Nicht nur der exotische Urlaub ist kontaminiert, sondern auch unsere Kleidung. Stremmel zeigt das am Beispiel von Baumwollfärbern im indischen Kalkutta. Die Schilderung des Alltags in einer Färberei, wo der Autor den Arbeiter Uttam bei seiner extrem gesundheitsschädlichen Tätigkeit begleitet, illustriert die Verhältnisse in dieser Branche: Uttam arbeitet ohne jede Schutzkleidung mit hochgiftigen Chemikalien. Während in Großfabriken aufgrund des Drucks von Herstellern und Kunden mehr auf Regeln geachtet wird, werden Teile der Produktion in kleinere Betriebe ausgelagert, in die sich, so der Autor, „kein Kontrolleur je verirrt". Stremmel führt uns in eine „Welt der Sub-Sub-Subunternehmen, der Kleinlieferanten und Hinterhof-Fabriken". Er zeigt, dass Modekonzerne ihre Produktion stets in die Länder mit den geringsten Löhnen verlagern. Immer wieder setzt er sich mit den westlichen Konsumenten auseinander, denen er in einer zuweilen moralisierenden Art Bequemlichkeit und eine Schnäppchen-Mentalität unterstellt.

Gern hätte man mehr darüber gelesen, wie sich die Situation der Menschen verbessern lässt. Allerdings arbeiten sie oft im informellen Sektor, wohin gewerkschaftliche Aktivitäten nicht reichen. Der Autor verweist auf das Lieferkettengesetz auf deutscher und auf europäischer Ebene und schreibt: „Wenn Konzerne haftbar sind für alles, was auf der langen Reise ihrer Produkte passiert, fordern sie von ihren Lieferanten auch mit Nachdruck bestimmte Standards ein." So richtig dieser Gedanke ist und so sehr er ein Anliegen der Gewerkschaften aufgreift, so zeigt Stremmels Recherche, dass auch ein solches Gesetz die von ihm porträtierten Menschen so schnell nicht erreichen wird. Die Ursachen für ihre Lage sind zu komplex, um sie auf eine einfache Formel zu bringen.

Von **Dirk Manten**

Jan Stremmel: **Drecksarbeit.** Geschichten aus dem Maschinenraum unseres bequemen Lebens. München, Knesebeck-Verlag 2021. 192 Seiten, 22 Euro

Fazit

EINE REISE IN DIE WELT DER INFORMELLEN WIRTSCHAFT

Wichtiges Nebengeschäft

Gemeinhin wird Sozialpolitik als zentrale Aufgabe des Staates gesehen. Zwar haben Tarifvertragsparteien schon früh auch sozialpolitische Gegenstände in Tarifverträgen geregelt, aber ihr Kerngeschäft blieb die Regelung von Löhnen und Arbeitszeiten. Wie die Sozialwissenschaftler Norbert Fröhler und Thilo Fehmel zeigen, hat in jüngerer Zeit eine Verlagerung der sozialpolitischen Regulierung (Alterssicherung, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Familienpolitik) hin zur Tarifpolitik stattgefunden. Die Verfasser belegen dies mit reichhaltigem empirischem Material vergleichend für Deutschland und Österreich. Eine lehrreiche Lektüre nicht nur für Tarifpraktiker.

Von **Walther Müller-Jentsch**

Norbert Fröhler/Thilo Fehmel: **Tarifsozialpolitik.** Ursachen, Ausmaß und Folgen der Vertariflichung sozialer Sicherheit. Wiesbaden, Springer VS 2021. 407 Seiten, 64,99 Euro

Unterhaltsames Vermächtnis

Erfahrungen aus 80 Lebensjahren hat der gelernte Schriftsetzer und spätere Professor für Betriebssoziologie Jürgen Prott zu einem essayistischen Werk über den Begriff der Solidarität verdichtet. Prott verwebt eigene Erfahrungen, Reales und Erfundenes zu einer ebenso selbstironischen wie scharfzüngigen Analyse. Einen Chemiefacharbeiter, der für Fridays for Future und gegen die Kohlekumpel demonstriert, beschreibt er, indem er feststellt, dieser stelle seine Identität als umweltbewusster Bürger über seine Identität als Mitglied einer Einheitsgewerkschaft und mute seiner Gewerkschaft damit zu, ihn als „halbdistanziertes Mitglied" ertragen zu müssen. Damit ist der Buchtitel perfekt umrissen: Solidarität ist immer ein Konfliktfall.

Von **Kay Meiners**

Jürgen Prott: **Konfliktfall Solidarität.** Geschichten und Analysen aus einer erschöpften Lebenswelt. Göttingen, Steidl Verlag 2021. 368 Seiten, 24 Euro

DREI FRAGEN AN REINHARD KLOPFLEISCH

Der Physiker und Sozialwissenschaftler Reinhard Klopfleisch war bis 2019 bei Verdi für die Energiepolitik verantwortlich.

Sie fordern Hilfen für Ärmere, damit die Energiewende nicht zum sozialen Sprengstoff wird. Wie weit soll der Staat mit seinen Subventionen gehen?

Ärmere geben schon heute einen deutlich größeren Teil ihres Budgets für Wärme und Strom aus als Bessergestellte. Sozial gerecht wäre es, sie durch die Zusatzkosten der Energiewende nicht weiter zu belasten. Die CO_2-Steuer sollte beispielsweise durch ein pro Kopf ausgezahltes Bürgergeld kompensiert werden.

Es gibt schon recht viel grünen Strom, aber wenig grüne Wärme. Warum?

Um Heizöl und Erdgas zu ersetzen, müssen wir oft den Umweg über die Kopplung mit grünem Strom gehen. Die Lösungen stelle ich im Buch vor: Elektrisch betriebene Wärmepumpen eignen sich für gut gedämmte Einzelhäuser. Wohnblöcke werden zunehmend mit Fernwärme versorgt – mit einem lokal unterschiedlichen Mix aus industrieller Abwärme und Erneuerbaren. Gasheizungen werden in Zukunft mit grünem Wasserstoff klimaneutral gemacht.

Wir sind gerade bei der Wärme sehr abhängig von billigem russischem Gas. Was passiert im Winter mit der Heizung, wenn es zu einem Totalausfall russischer Importe kommt?

Auch dann wird niemand frieren. Es wird dann allerdings teurer. Entsprechend wichtiger wird der soziale Ausgleich. Die Energiewende hin zu Effizienz und dem Ausbau der erneuerbaren Energien muss jedenfalls noch einmal deutlich Fahrt aufnehmen.

Die Fragen stellte **Kay Meiners**.

Klimaschutz ist kein Jobkiller

Was macht der Klimaschutz mit unserem Jobs? Es gibt Ängste in den alten Industrien, und zugleich viel Ungewissheit darüber, wie viele Jobs anderswo neu entstehen. Der Politikberater Bruno Kaltenborn versucht in dieser Literaturstudie einen gesamtwirtschaftlichen Saldo – und Salden für die Verschiebungen zwischen den Wirtschaftssektoren – zu ermitteln. Sein Fazit: Klimaschutz wirkt insgesamt leicht stimulierend auf die Wirtschaftsleistung und nach den meisten Studien auch leicht positiv auf die Erwerbstätigkeit in Deutschland.

Es kommt zu Strukturverschiebungen zwischen Branchen und Berufen, die der Autor aber als gering „im Vergleich zum ohnehin erfolgenden Strukturwandel" einschätzt. Es dürfte freilich methodisch sehr anspruchsvoll sein, die Effekte des Klimaschutzes sauber von denen des allgemeinen Strukturwandels zu trennen. Bedenken sollte man zudem, dass die zitierten Studien teilweise Aussagen bis ins Jahr 2050 treffen, was automatisch mit Unsicherheiten behaftet ist. Das gilt nicht nur für externe Schocks, sondern auch für politische Entscheidungen und die Frage, welche globalen Umweltstandards in Zukunft herrschen werden.

Viele Studien arbeiten mit unterschiedlichen Szenarien. Die größten strukturellen Veränderungen betreffen – wenig überraschend – die Energiebranche, die Industrie und die Landwirtschaft. Deutlich werden die Herausforderungen, vor denen einzelne Branchen stehen. In der Wind- und Solarbranche etwa hat die Vergangenheit gezeigt, dass die Beschäftigung in Deutschland nicht kontinuierlich wuchs, sondern nach einem Aufschwung schrumpfte. Grund waren globale Überkapazitäten. Der Arbeitskräftebedarf bleibt weiter hoch, aber auch die globale Konkurrenz bei der Herstellung der benötigten Anlagen. Das zeigt, wie genau die Zukunft austariert werden muss.

Von **Kay Meiners**

Bruno Kaltenborn: **Auswirkungen der ökologischen Transformation: Beschäftigungseffekte des Klimaschutzes in Deutschland.** Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 231. Düsseldorf, Nov. 2021

Gleichstellungsbericht

Anhand zentraler Indikatoren auf Basis des WSI-Genderdatenportals liefert der Report eine knappe Übersicht über den aktuellen Stand der Geschlechtergleichstellung in Deutschland mit einem Fokus auf den Arbeitsmarkt. Die Analysen zeigen, dass sich positive Trends vor allem bei der Erwerbsbeteiligung und dem Einkommen von Frauen fortgesetzt haben. Bei der Mitbestimmung und den Arbeitszeiten baut sich Geschlechterungleichheit zwar ab, aber in sehr kleinen Schritten. Bei der Aufteilung der Kinderbetreuung stagniert die Ungleichheit jedoch auf hohem Niveau.

Von **Kay Meiners**

Yvonne Lott/Dietmar Hobler/Svenja Pfahl/Eugen Unrau: **Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland.** WSI-Report Nr. 72, Februar 2022

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?

Besuchen Sie **boeckler.de** (Veröffentlichungen).

Konjunkturprognose

Konjunkturprognosen sind angesichts der aktuellen Unsicherheit besonders schwer. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung arbeitet daher mit zwei Prognosen, die die kriegs- und sanktionsbedingten Unsicherheiten sowie die Risikoprämien von Investitionen abbilden. In beiden Szenarien steigt die Inflation 2022 stark an: im Basisszenario um 6,2 Prozent und im Risikoszenario auf 8,2 Prozent. Im Basisszenario wächst das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2022 um 2,1 Prozent, und im Risikoszenario sinkt es um 0,3 Prozent.

Von **Kay Meiners**

Jan Behringer/Sebastian Dullien/Alexander Herzog-Stein/Peter Hohlfeld/Katja Rietzler/Sabine Stephan/Thomas Theobald/Silke Tober/Sebastian Watzka: **Ukraine-Krieg erschwert Erholung nach Pandemie.** IMK Report Nr. 174. Düsseldorf, März 2022

DAS POLITISCHE LIED

Bob Dylan: Masters of War (1963)

Come you masters of war
You that build the big guns
You that build the death planes
You that build all the bombs
You that hide behind walls
You that hide behind desks
I just want you to know
I can see through your masks

DER TOD DER KRIEGSHERREN

Es ist ein düsteres, fast magisches Lied, das der Songwriter Bob Dylan dem Krieg widmet. „Masters of War, desen eingängige Melodie und stakkatohaften Rhythmus er dem alten Folksong „Nottamun Town“ entlehnt, ist eine Anklage gegen Kriege, die von den jungen Menschen nicht gewollt werden; ein zorniger Ausbruch gegen Schreibtischtäter, die ungerührt zuschauen, während andere sterben, eine ätzende Kritik an Kriegsgewinnlern, für die Menschenleben nichts zählen. In der letzten Strophe wünscht er ihnen den Tod: „And I hope that you die / And Your death will come soon / I‘ll follow your casket / By the pale afternoon / And I‘ll watch while you‘re lowered / Down to Your deathbed / And I‘ll stand over Your grave / Til I‘m sure that you‘re dead.“: Ich werde über Eurem Grab stehen, bis ich sicher bin, dass Ihr auch wirklich tot seid.

Solche boshaften Gedanken sind eigentlich nicht Dylans Stil. Man kann sie als Rollenprosa lesen und als erschütterte Feststellung, was die Hilflosigkeit angesichts des Kriegs aus friedlichen Menschen macht. Sie wünschen den Tod der Kriegsherren. Der historische Hintergrund für den Song ist die Abschiedsrede zu tun, die US-Präsident Dwight D. Eisenhower nach zwei Amtszeiten im Januar 1961 hält. Seine Präsidentschaft ist vom Kalten Krieg und von massiver Aufrüstung auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs geprägt: 1957 bauen die Sowjets die erste Interkontinentalrakete, 1958 drohen sie, Westberlin der DDR einzuverleiben – eine Spannung, die die Supermächte durch eine Vereinbarung über den Kurs der „friedlichen Koexistenz“ zunächst lösen können.

In seiner Abschiedsrede warnt Eisenhower vor einem „militärisch-industriellen Komplex“. Er sieht in den Verflechtungen der Rüstungsindustrie und der Politik eine Gefahr für die demokratischen Institutionen und fürchtet, dass ein so aufgerüstetes Land vorschnell bereit ist, Konflikte militärisch auszutragen, statt diplomatische Lösungen zu suchen. Genau zu dieser Zeit zieht Robert Zimmermann, ein Junge aus dem Norden der USA, nach New York und mischt mit seiner Gitarre die Musikkneipen und Bars der Folk-Szene auf. Unter dem Künstlernamen Bob Dylan spielt der 21-Jährige zuerst Songs seines Vorbilds Woody Guthrie. Doch bald schreibt er eigene Lieder, politisch und engagiert.

Das Lied gegen den Krieg, das 1963 auf dem Album „The Freewheelin’ Bob Dylan“ veröffentlich wird, ist bald eines der bekanntesten Protestlieder gegen den Vietnamkrieg, eines Krieges, der zum Trauma für die US-Gesellschaft wird. Heute, wo wieder schreckliche Bilder über die Bildschirme flirren, interpretiert Oleksandra Zaritska, Sängerin der ukrainischen Elekronic-Folk-Band KAZKA, den Song neu. Auf einem Festival im texanischen Austin trat sie kürzlich mit Charlie Sexton auf, der als Gitarrist regelmäßig mit Dylan spielte. Kurz bevor Sexton auf die Bühne schlenderte, sagte Zaritska: „Ich habe eine Botschaft an Putin: Es ist ein Lied von Bob Dylan und es heißt ‚Masters of War‘.“

Von **Martin Kaluza**

Das Original hören:
https://youtu.be/JEmI_FT4YHU
Aufnahme mit Oleksandra Zaritska:
https://youtu.be/P18HHvHrxmA

Spendensammler-TÜV

DZI Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

dzi.de

Unzählige Spendenorganisationen werben um Geld für Hilfsbedürftige. Für Spendenwillige ist es schwierig, seriöse Anbieter von den weniger seriösen zu unterscheiden. Das öffentlich geförderte Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen hilft an dieser Stelle weiter. Die Stiftung in Berlin prüft seit 30 Jahren, wie Organisationen mit dem gesammelten Geld umgehen. Dazu nutzt sie die Finanzberichte und einen Fragenkatalog, den die Organisationen beantworten. Das DZI verleiht ein Spendensiegel, durch das Spender erkennen können, ob die jeweilige Organisation die Qualitätsstandards einhält. Dazu gehört, dass eingesammelte Mittel auch für den Spendenzweck eingesetzt werden, Korruption im Zielland vorgebeugt und auf aufdringliche Werbung verzichtet wird.

Das wichtigste Werkzeug ist die Suchfunktion, durch die man die Beurteilung jeder geprüften Organisation findet. Das Institut bewertet unter anderem den Anteil der Werbe- und Verwaltungskosten an den Gesamtausgaben in drei Abstufungen: „niedrig“ (unter 10 Prozent), „angemessen“ (10 bis 20 Prozent) und „vertretbar“ (20 bis 30 Prozent). Letzteres ist die höfliche Umschreibung für: Es könnte kostengünstiger gehen. Auch die Arbeit der Aufsichtsgremien wird geprüft: Wenn es heißt, Aufgaben „werden wirksam wahrgenommen“, ist das gut, die Formel „werden hinreichend wirksam wahrgenommen“ weist darauf hin, dass es besser laufen könnte. Auf den Krieg in der Ukraine hat das Zentralinstitut schnell reagiert und eine Liste mit vertrauenswürdigen Organisationen zusammengestellt, die die Opfer des Krieges unterstützen. Dazu gibt es eine Checkliste, durch die man bei noch nicht geprüften Organisationen die Seriosität bewerten kann. Für Unternehmen stehen Tipps bereit, wie sie mit Logistik oder Sachspenden helfen und Geflüchtete beschäftigen können.

Von **Gunnar Hinck**

Fazit

HILFREICHER RATGEBER FÜR SPENDER

PODCASTS

Daniela im Dialog

Daniela Cavallo, die Konzernbetriebsratsvorsitzende von VW, unterhält einen eigenen Podcast. Darin spricht sie unter anderem mit dem Betriebsratsvorsitzenden von VW Sachsen über Kurzarbeit wegen des Mangels an Komponenten durch den Ukraine-Krieg und den Umbau des Zwickauer Werks zu einer reinen Elektroauto-Fabrik. In weiteren Folgen redet sie mit ihrem Wolfsburger Stellvertreter über Schichtsysteme, Leasing-Dienstfahrräder und heikle Themen wie Versetzungen zu anderen Standorten.

igmbeivw.podigee.io/

Streitkräfte und Strategien

Plötzlich muss man sich wieder mit Sicherheitspolitik beschäftigen, um mitreden zu können. Der NDR, dessen Podcast mit dem Virologen Christian Drosten viel gehört wurde, bringt jetzt tägliche Folgen zum Ukraine-Krieg. Wohltuend ist der unaufgeregte Zugang als Kontrast zu den vielen Eilmeldungen. Es geht auch um grundsätzliche Fragen: Kann es eine europäische Friedensordnung ohne Russland geben? (Antwort: darf es nicht, weil Russland eine Nuklearmacht ist). Außerdem wird das Problem der Falschmeldungen diskutiert und wie man sie am besten selbst überprüft.

www.ndr.de/nachrichten/info/podcast2998.html

STIFTUNG ONLINE

Studien per Video vorgestellt

Die Forschungsstelle „Arbeit der Zukunft" der Hans-Böckler-Stifttung befasst sich mit dem Wandel der Arbeitswelt. Die Prämisse dabei lautet: Die Transformation der Arbeit durch Digitalisierung und Globalisierung passiert nicht einfach, sondern kann und muss gestaltet werden. Einmal pro Jahr bringt sie dazu auf der Plattform „Labora" Wissenschaft und Praxis zusammen, um Ideen zu entwickeln. Auf der Internetseite „Arbeit-der-Zukunft" sind sämtliche Dokumentationen und Working Papers zusammengefasst. Per Videodiskussion knüpfen Expertinnen und Experten eine Verbindung zum Programm „Humanisierung der Arbeitswelt" aus den 1970er-Jahren und gehen der Frage nach, was sich daraus für heute lernen lässt.

www.arbeit-der-zukunft.de

Foto: xxx

„Dear Future Children". AUT/D/UK 2021. Regie: Franz Böhm. Infos zu Vorführungen gibt es auf **www.dearfuture-children.com**

FILMTIPP

Engagierte Jugend

Tränengas und Gummigeschosse: Wenn Studentin Rayen bei den Demonstrationen in ihrer Stadt Santiago de Chile mitmischt, fliegt ihr die Staatsgewalt um die Ohren. Seit Jahren spitzt sich in Chile die soziale Ungleichheit zu, nirgendwo sonst in Südamerika sind Einkommen so ungleich verteilt. Das treibt Arbeitnehmer und Studierende immer wieder auf die Straße. „Chile ist reich, aber nicht für alle", sagt Rayen. Viele Demonstranten haben schwere Verletzungen im Gesicht, die Sicherheitskräfte zielen gern direkt auf die Augen.

Der junge Regisseur Franz Böhm ist Rayen für seinen Film „Dear Future Children" mit der Kamera gefolgt, hat sich mitten reingestellt in die Kampflinien. Dabei gelingen ihm spektakuläre Aufnahmen.

Doch bei Chile bleibt es nicht. Böhm verknüpft Rayens Situation mit der von zwei anderen jungen Frauen, die sich über die Maßen für ihre Sache einbringen: Pepper kämpft als Demonstrantin in Hongkong für die Eigenständigkeit ihrer Stadt gegen den Einfluss und die Kontrolle Chinas. Und Hilda Nakabuye weiß, wie sich Repressionen anfühlen, sie ist Umweltaktivistin in Uganda. Der Klimawandel ist für ihre Familie eine Bedrohung geworden: Bei Überschwemmungen floss erst die Ernte, dann der ganze Boden weg. Ihr Einsatz gilt dem Kampf gegen Plastikmüll, von dem das Land bald überquillt – an dem einige allerdings sehr gut verdienen.

Böhms Film gewährt einen tollen Einblick in das, was es heißt, sich unter widrigsten Bedingungen zu engagieren – mit Bildern, so atemberaubend wie künstlerisch. Die bildstarke Dokumentation gewann deshalb auch im vergangenen Jahr den mit 7.000 Euro dotierten DGB-Publikumspreis, der alle zwei Jahre beim Filmfestival in Emden vergeben wird. „Diese drei jungen Heldinnen begleiten zu dürfen, ist ein Erlebnis. Ihr Mut, ihre politische und soziale Weitsicht sind beeindruckend und können Vorbild sein", sagte Marion Knappe, die im DGB-Bundesvorstand für Medien- und Kulturpolitik zuständig ist, in ihrer Laudatio.

Von **Jürgen Kiontke**

RÄTSEL Im Herbst 1973 steigt der Ölpreis sprunghaft. Die arabischen Staaten setzen den Energieträger als Sanktionsmittel gegen Israel und den Westen ein. Deutschland ist drauf schlecht vorbereitet.

Von **Kay Meiners**

Foto: Picture Alliance / Keystone

Die Wirtsleute vom Gasthof Obermühle im bayerischen Habach holen ihre Gäste stets vom Bahnhof ab. Am 25. November 1973, einem kalten Spätherbsttag, müssen sie dazu Pferde vor ihren VW-Bus spannen. Die Bundesregierung hat einen „autofreien Sonntag" angeordnet. Fahren mit Benzin ist verboten – die Autokutsche nicht.

Überall kommt es zu skurrilen Szenen. Die Menschen erkunden leere Autobahnen mit dem Fahrrad. Radiosender warnen davor, die Kinder auf der Straße spielen zu lassen. Denn Taxis, Ärzte und Frischwarelieferanten dürfen noch fahren.

Auslöser für das Fahrverbot ist ein Krieg im Nahen Osten, der am 6. Oktober begonnen hat. Die Menschen in Israel ahnen nichts Böses an diesem höchsten Feiertag des jüdischen Kalenders, dem Versöhnungstag, an dem man alle schlechten Taten beichtet, damit Gott sie verzeiht. Doch an diesem Tag fallen Racheengel in Gestalt ägyptischer und syrischer Soldaten im Land ein. Sie überqueren den Suezkanal, greifen Israel mit Panzern auf dem Golan und mit der Luftwaffe an. Israel bringt den Aggressoren eine Niederlage bei.

Die arabischen Förderstaaten setzen nun Öl als Sanktionsmittel gegen Israel und den Westen ein. Zusätzlich zur OPEC, einem globalen Ölkartell, ist 1968 die arabische OAPEC gegründet worden, um mehr Marktmacht und politischen Druck auszuüben. Sie erhöht den Preis um 70 Prozent von drei auf fünf Dollar pro Barrel und beschließt zusätzlich, die Fördermenge um monatlich fünf Prozent zu drosseln. Die Importländer werden in befreundete, feindliche und neutrale Länder eingeteilt. Komplett von Lieferungen ausgeschlossen werden die USA und die Niederlande.

„Gehen in Europa die Lichter aus?" fragt die Wochenzeitung „Die Zeit." Das Energiesicherungsgesetz soll genau das verhindern. Vier Sonntage werden zu autofreien Tagen erklärt: der 25. November sowie der 2., 9. und 16. Dezember. Bis März 1974 gilt zudem ein generelles Tempolimit von 100 Kilomtern auf Autobahnen und 80 Kilometern auf Landstraßen, um Sprit zu sparen. Der Spareffekt ist gering. Der Ölpreis steigt bis 1974 auf zwölf Dollar. Die Folgen sind Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten. Die Bundesbürger lernen zwei neue Wörter: „Stagflation" (steigende Preise bei schrumpfender Wirtschaft) und „Energiesparen."

Rätselfragen

Wie heißt der Versöhnungstag, der dem Krieg von 1973 den Namen gab, auf Hebräisch?

In welcher Stadt wurde die OAPEC gegründet?

Das Barrel ist ein altes Fassmaß. Wie viele Liter sind ein Barrel?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 27.05.2022** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung

Hans-Böckler-Stiftung
Redaktion Mitbestimmung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Auflösung der Rätselfragen 1/2022

Dortmund
1957
Prosper Haniel

Den 1. Preis hat Claudia Winter aus Trier gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Heinz Rittermeier aus Bochum, Charlotte Job aus Rostock und Sabine Bürgermeister aus Freiburg.

BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN

ZUR AUSGABE 1/2022, „REICHE KINDER, DIE MIT GELD SPIELEN“ (START-UPS)

„Ein echter Held“

Mehmet Korkmaz schreibt auf Facebook:

„Staatliche Förderungen nur für Startups, die sich an geltende Gesetze wie das Betriebsverfassungsgesetz halten, wären mal ein Anfang, um da Luft rauszulassen.“

Tommis Berlino schreibt dazu:

„Oder gar keine Förderung für Start-ups ohne sinnvolles/innovatives Geschäftsmodell.“

Simone Egger schreibt auf Facebook:

„Sehr aufschlussreich, vielen Dank!“

Willi Ruppert schreibt auf Facebook:

„Go, Semih! Das ist ein echter Held...“

ZUR AUSGABE 1/2022, „EMOTIONEN UNTERSCHÄTZT“

„Der Mensch spielt kaum eine Rolle“

MaPa schreibt auf Facebook:

„Bitter … schämt Euch ZF Vorstandsebene.“

Thomas Aulbur schreibt auf Facebook:

„Der Mensch hinter dem Begriff ‚Mitarbeiter‘ spielt in vielen Unternehmen leider kaum noch eine Rolle. Dort, wo solche Entscheidungen fallen, hat noch nie einer den Geruch von Öl und Kühlwasser wahrgenommen.“

ZUR AUSGABE 6/2021, „PRO & CONTRA: WÄRE EIN VÖLLIG ELTERNUNABHÄNGIGES BAFÖG BESSER?“

„Beide haben recht“

frauabgeordnete schreibt auf Instagram:

Meine Eltern verdienen „leider“ nicht ganz 100 € zu viel. Also bekomme ich keins. Obendrein darf ich aber dann alles zahlen, was Studierenden mit BAföG erlassen wird: Rundfunkbeitrag, jetzt kein Heizkostenzuschlag. Mein Krankenkassenbeitrag ist ein anderer. Also bei der Frage nach ja oder nein wäre ich für ein klares ja. So wie mir geht es vielen. Mittelweg wäre ja für alle Studierenden, Rundfunkbeitrag zu erlassen (ich schaue gerne und vor allem ARD/ZDF und zahle auch gerne, aber es ist halt auch Geld, was häufiger mal am Ende des Monats fehlt) oder Heizkostenzuschlag auch für alle Studierende – meinetwegen nach Prüfung der finanziellen Situation – zu öffnen.

Kevin Groß schreibt auf Instagram:

„Klares Nein. Wir brauchen ein System, in dem prekarisierten Menschen Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden. Privilegierte haben diese Möglichkeiten schon genug. Erst diejenigen besserstellen, deren Chancen geringer sind. Alles andere ist nice to have.“

Lutz Drieling schreibt auf Instagram:

„Weil Kinder von sehr reichen Eltern davon profitieren würden, darf ich davon nicht auch profitieren? Der BAföG-Höchstsatz ist schon sehr knapp. Wenn dann die Eltern im Mittelfeld verdienen, bekommt man schnell nur 400 Euro.“

Oguz Haluk schreibt auf Instagram:

„Ich denke, dass ein elternunabhängiges BAföG soziale Härten und Ungleichheiten verstärkt. Der Bildungsforscher Aladdin El-Mafaalani schreibt in einem seiner Bücher, dass, ein System, welches Gleichheit beansprucht (hier also die elternunabhängige Förderung) Ungleichheiten verstärkt‘. Es liegt auf der Hand, dass vom elternunabhängigen BAföG reichere Studis profitieren.“

Iris Kimizoglu auf Instagram:

„Beide haben irgendwo recht. Ein elternunabhängiges BAföG wäre für benachteiligte Studierende vorteilhaft, die aktuell durch die vielen Wenn-Dann-Regelungen rausfallen. Mit einem gerechten Steuersystem wäre es dann auch ok, wenn reiche Kids BAföG kriegen. Aber solange das BAföG kein Vollzuschuss ist (also Verschuldung entsteht) und die Höhe nicht ausreicht, sieht die Lage anders aus. Das FDP-Modell würde tatsächlich einen Profit für Studis mit reicherem Background bedeuten, aber kaum weniger positive Verbesserung für ärmere Studierende ergeben.“

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!
redaktion@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB, Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Verantwortliche Geschäftsführerin:
Claudia Bogedan

Redaktion:
Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139
Fabienne Melzer (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

Konzeption des Titelthemas: Kay Meiners, Fabienne Melzer
Redaktion dieser Ausgabe: Kay Meiners, Fabienne Melzer
Redaktionsassistenz: Angelika Söhne
Telefon: 0211/77 78-147
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Projektmanagement/Layout/Produktion/Artdirection:
Signum communication GmbH, Mannheim,
Nadine Bernhardt, Jutta Stuhlmacher, Oliver Weidmann

Titelfotos: Cordula Kropke, Karsten Schöne, Stephan Pramme

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Adressänderungen für Förderer:
foerderer@boeckler.de

Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:
Über das Extranet der Studienförderung

Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:
Bund-Verlag GmbH
Telefon: 069/79 50 10-96
E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Datenschutz
Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Magazins Mitbestimmung. Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion@boeckler.de.
Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984

STOP CLIMATE CHANGE
Klimafreundlich
printed by
OFFSET COMPANY
SCC-13

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE …

Nr. 3 | Juni 2022

Krisen

Finanzkrise, Eurokrise, Klimakrise, Coronakrise – die Krise scheint immer mehr zum Normalzustand zu werden. Ist das tatsächlich so und was hat sich geändert? Das nächste Magazin beschäftigt sich mit Krisen, was sie auslöst und wie man ihnen begegnet. Viele Krisen lassen sich nicht auf nationaler Ebene bewältigen, sie brauchen globale Lösungen. Unternehmen müssen Risiken abschätzen, um Krisen zu verhindern, und Strategien entwickeln, ihnen vorzubeugen. Andere Krisen brauchen gesellschaftliche Antworten. Ein Teil der Menschen vertraut nicht mehr auf Politik. Soziale Ungerechtigkeiten und das Auseinanderdriften von Teilen einer Gesellschaft führen zu gesellschaftlichen Krisen. Was verändern Krisen und können sie tatsächlich positive Effekte haben?

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.

02 11/77 78-147
redaktion@boeckler.de
magazin-mitbestimmung.de

POTSDAM, SCHLOSSPARK SANSSOUCI

Jacqueline Schwarz (54) lebt mit ihrer Partnerin in Berlin.

Von **Andreas Schulte**
Foto **Stephan Pramme**

„Es ist für mich schon ein erhebendes Gefühl, als Gärtnerin im Schlosspark Sanssouci zu arbeiten. Vor allem wenn ich mir vorstelle, wie Besucher, die hierher nach Potsdam kommen, noch in 20 Jahren das anschauen, was ich hier gerade schaffe. Daher bin ich mit dem Herzen dabei, auch weil ich weiß, was ich an diesem Arbeitsplatz habe.

Ich kenne es auch anders: Bevor ich 2014 bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg anfing, habe ich als Gärtnerin in der freien Wirtschaft gearbeitet. Da dachte ich schon bald: Das halte ich körperlich gar nicht bis zu Rente durch. Dort hieß es immer nur: Meter machen! Möglichst schnell und auch in den Pausen. Da blieb überhaupt keine Zeit, wirklich Gärtner zu sein.

Hier im Park Sanssouci musste ich erst wieder lernen, längere Zeit an nur einem Baum zu arbeiten. Und ich habe Zeit, mit dem Mäher Muster im Rasen zu hinterlassen. So etwas wollen die Menschen doch sehen. Außerdem habe ich die Möglichkeit, Kirschbäume mit biologischen Stärkungsmitteln vor Blattläusen zu schützen.

Das Gärtnern habe ich allerdings erst spät entdeckt. Noch in der DDR habe ich Zootechnikerin gelernt, anschließend war ich Postzustellerin und Tellerwäscherin. Erst nach der Wende bin ich zum Gärtnern gekommen und habe eine Ausbildung abgeschlossen.

Ich hätte schon früher in diesem Job landen sollen. Das ärgert mich heute ein bisschen. Auf der anderen Seite habe ich mir dadurch vielleicht den Blick für das Schöne erhalten. Der kann schon mal verloren gehen, wenn man jahrzehntelang dieselbe Tätigkeit ausübt.

Ich liebe den Schlosspark vor allem in den Morgenstunden. Und im Winter, wenn man in einer fast unberührten Schneedecke frische Fuchsspuren findet. Parks besuche ich auch in meiner Freizeit. Ein Park ist wie eine andere Welt."

Die Ukraine braucht Hilfe

Seit dem 24. Februar führt Russland einen Angriffskrieg gegen sein Nachbarland.

Helfen Sie mit,
das Leid der Menschen zu mildern.

www.gewerkschaften-helfen.de
IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90

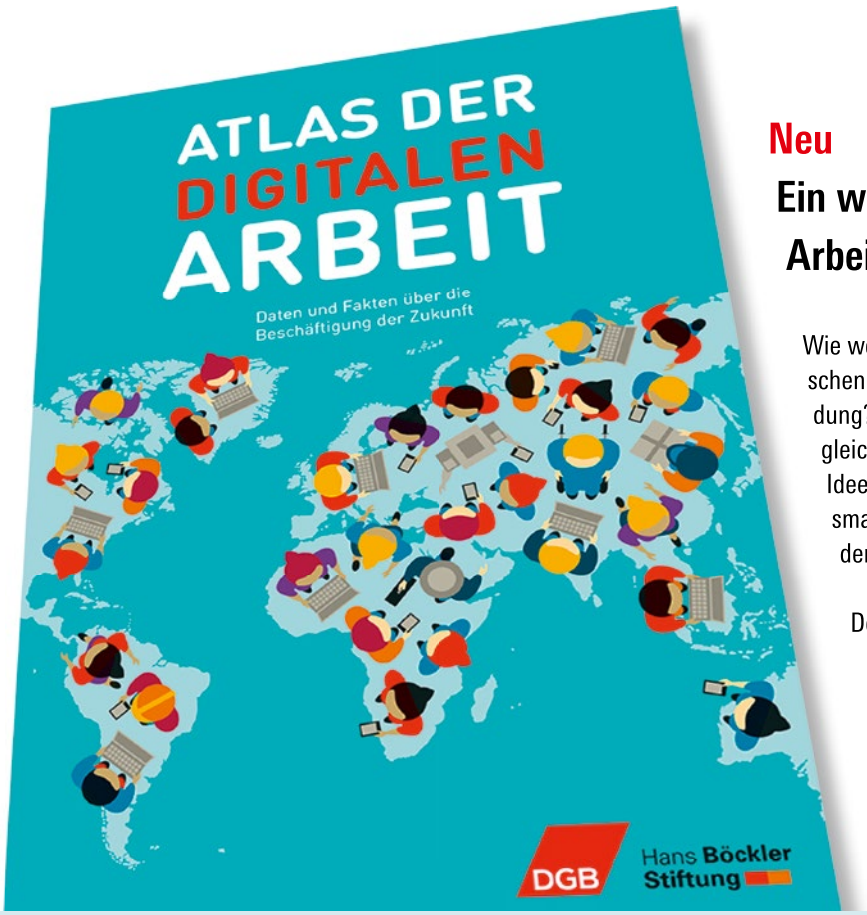
GEWERKSCHAFTEN
HELFEN e.V.
Eine Initiative des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften

Wer eine Spendenquittung erhalten möchte, gibt bitte in der Überweisung den vollständigen Namen und die Adresse an und füllt auf der Website das Formular zur Spendenbescheinigung aus.

Hans **Böckler Stiftung**

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

ATLAS DER DIGITALEN ARBEIT



Neu

Ein weltweiter Blick in die digitalen Arbeitswelten unserer Zeit.

Wie weit sind Roboter auf dem Vormarsch? Wie viel verdienen Menschen in digitalen Berufen? Was verändert sich in der Berufsausbildung? Macht Homeoffice glücklich? Profitieren Frauen und Männer gleichermaßen von den Vorteilen der digitalen Arbeitswelt? Welche Ideen haben Politik und Gewerkschaften, damit es auch in einer smarten Zukunft gerecht und fair zugeht? Antworten gibt der Atlas der digitalen Arbeit.

Demnächst gedruckt und kostenlos zum Download.

Hans **Böckler Stiftung**

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien